

OECD360 SCHWEIZ 2015



• Umweltverträgliches Wachstum



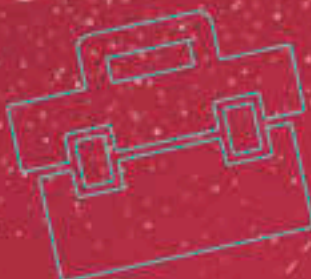
• Bildung



• Regionaler Fokus



• Wohlbefinden



• Beschäftigung



• Entwicklung

Wie schneidet die Schweiz ab?



• Wirtschaft

• Statistik



• Soziale Krise



• Landwirtschaft



Entdecken Sie OECD-Veröffentlichungen und Dienste



www.oecd.org/bookshop



www.oecd-ilibrary.org



www.youtube.com/OECDiLibrary



www.twitter.com/OECD_Pubs



www.facebook.com/OECDPublications

Inhalt

Wie schneidet die **Schweiz** ab?

04	Vorwort des OECD-Generalsekretärs Angel Gurría	26	Wohlbefinden in der Schweiz 
06	Die Schweiz und die OECD	29	Jede Region kann besser abschneiden, wenn sie verantwortungsvoll geführt und verwaltet wird 
09	Die Schweiz in Zahlen	33	Bildung und Kompetenzen gewinnen zunehmend an Bedeutung 
13	Wirtschaft Das Wachstum fördern 	37	Messung der Fortschritte auf dem Weg zu umweltverträglichem Wachstum 
17	Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen 	41	Agrarausblick Nahrung für die Welt 
21	Von der Finanzkrise zur Sozialkrise 	45	Entwicklung Produktivität Die nächste Herausforderung 

Einführung

Über die OECD

Zielsetzung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist es, eine Politik zu fördern, die das Wohlergehen von Menschen in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht weltweit verbessert.

Die OECD bietet Regierungen ein Forum, in dem sie Lösungen für gemeinsame Probleme erarbeiten, Erfahrungen austauschen und bewährte Verfahren ermitteln, um eine bessere Politik für ein besseres Leben zu fördern. Seit über 50 Jahren hilft die OECD dabei, weltweite Standards, internationale Übereinkommen, Vereinbarungen und Empfehlungen in Bereichen wie Zivilengagement und Bekämpfung von Bestechung und Korruption, verantwortliche Unternehmensführung, Entwicklung, internationale Investitionen, Steuern und Umwelt auszuarbeiten. Zusammenarbeit, Dialog, Konsens und Peer Review sind die prägenden Elemente der OECD in ihrem Bemühen, ihre Vision einer stärkeren, saubereren, gerechteren Weltwirtschaft und Gesellschaft zu verwirklichen.

In der OECD sind folgende Mitgliedstaaten vertreten: Australien, Belgien, Chile, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Island, Irland, Israel, Italien, Japan, Kanada, Korea, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Die Europäische Kommission nimmt an der Arbeit der OECD teil. Die OECD führt derzeit Beitrittsverhandlungen mit Kolumbien, Lettland und der Russischen Föderation*. Sie arbeitet darüber hinaus mit mehr als 100 anderen Volkswirtschaften zusammen, dazu gehören unter anderem Schlüsselpartner wie Brasilien, China, Indien, Indonesien und Südafrika.

www.oecd.org/about

* Die Aktivitäten in Verbindung mit dem Beitrittsverfahren der Russischen Föderation zur OECD sind vorläufig ausgesetzt

Wichtige OECD-Quellen

Website der OECD:

www.oecd.org

www.oecd.org/switzerland/

OECD-Publikationen und -Daten:

www.oecd-ilibrary.org

und data.oecd.org/

OECD Observer:

www.oecdobserver.org/

OECD Blog:

www.oecdinsights.org

Beteiligen Sie sich

OECD Forum:

www.oecd.org/forum

OECD Global Parliamentary Network (Weltweites Parlamentarisches Netzwerk der OECD):

www.oecd.org/parliamentarians

Twitter: @OECD

#OECD360

Facebook :

www.facebook.com/theOECD

Sollten Sie Druckausgaben wünschen, kontaktieren Sie bitte

OECD.Bookshop@oecd.org

Online-Versionen sind verfügbar unter:
www.oecd360.org

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente geben nicht notwendigerweise die offiziellen Ansichten der OECD oder ihrer Mitgliedstaaten wieder. Die Aufnahme von Inhalten aus fremden Quellen in die Publikation oder von Hyperlinks zu anderen Websites bedeutet nicht, dass die OECD die dort dargelegten Meinungen, Vorstellungen und Informationen billigt oder verantwortet. Bei etwaigen Abweichungen zwischen dem OECD-Originalinhalt und der Übersetzung ist nur der Wortlaut des Originalinhalts gültig.

Die vorliegende Publikation und darin enthaltenes Kartenmaterial werden ungeachtet des Status eines Gebiets oder der Hoheitsgewalt über dieses Gebiet, des Verlaufs internationaler Grenzen und der Namen von Gebieten, Städten oder Regionen verwendet.

Die statistischen Angaben für Israel werden von den entsprechenden israelischen Behörden vorgelegt, die dafür verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt ungeachtet des Status der Golanhöhen, von Ostjerusalem und israelischen Siedlungen im Westjordanland nach internationalem Recht.

Die Schaltung von Anzeigen in dieser Publikation bedeutet nicht, dass die OECD die darin genannten Produkte oder Dienstleistungen unterstützt. Die Nennung bestimmter Unternehmen oder Produkte bedeutet nicht, dass diesen Vorrang vor anderen nicht genannten Unternehmen oder Produkten ähnlicher Art eingeräumt wird. Die in der Broschüre genannten, verwendeten oder zitierten Markenzeichen, Logos, Dienstleistungsmarken, Kollektivmarken, Musterrechte, Persönlichkeitsrechte oder ähnliche Rechte sind Eigentum der jeweiligen Inhaber.

Vorwort

Nachhaltiges und integratives Wachstum: die richtige Vorgehensweise



Angel Gurría
Generalsekretär der OECD
©OECD

Die Krise ist noch nicht überwunden. Das Wachstum zieht wieder an, jedoch zu langsam; die Arbeitslosigkeit geht zurück, aber nicht in genügendem Umfang; die zunehmende Ungleichheit in unseren Gesellschaften gibt Anlass zur Sorge und das Vertrauen in Regierungen und demokratische Institutionen schwindet zusehends. Die Regierungen müssen dringend einen „Policy-Mix“ schaffen, der zu einem Fortschritt auf diesen Gebieten führt, um sicherzustellen, dass wir auf dem richtigen Kurs zu einem nachhaltigen und integrativen Wachstum bleiben.

Die OECD befindet sich in der einzigartigen Lage, Regierungen bei der Quadratur dieses Kreises zu unterstützen, da die Organisation seit mehr als einem halben Jahrhundert Daten und Analysen zu den Aufgabenbereichen von Regierungen - von der Landwirtschaft bis zur Arbeitslosigkeit - sowie Empfehlungen zu Bildung, Gesundheit, Umwelt, Finanzen oder Zivilengagement bereitstellt.

Politik ist kein Selbstzweck - der Sinn einer besseren Politik besteht darin, für ein besseres Leben unserer Bürger zu sorgen. Die OECD kann Regierungen nicht nur aufzeigen, wie sich verschiedene Sektoren in ihren eigenen Ländern entwickeln, sondern auch, wie andere Länder abschneiden, und zusammen können wir diese Informationen nutzen, um bewährte Verfahren zu identifizieren, die uns dabei helfen können, eine bessere Politik zu gestalten.

OECD360 stellt eine Auswahl der neuesten OECD-Ergebnisse zu wichtigen Themen wie Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Wachstum und Bildung vor und vermittelt ein Gesamtbild des

wirtschaftlichen und individuellen Wohlergehens in Ländern. Es präsentiert nationale Daten und stellt diese in einen Gesamtzusammenhang mit der OECD. *OECD360* kann darüber hinaus die gegenseitige Wechselwirkung der verschiedenen Bereiche aufzeigen – es veranschaulicht beispielsweise, wie sich das Bildungssystem eines Landes im Vergleich zu anderen Ländern entwickelt und in welchem Umfang Bildung der Schlüssel für einen guten Arbeitsplatz in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit ist.

Das Magazin stellt die neuesten OECD-Analysen über das weitere Vorgehen in einer Reihe von Schlüsselbereichen vor und enthält die aktuellen Empfehlungen der OECD zur Bewältigung der dringendsten Herausforderungen unserer Gesellschaft:

” **Die OECD ist stolz, mit der Schweiz und für die Schweiz zu arbeiten. Zusammen können wir hier und weltweit eine bessere Politik für ein besseres Leben voranbringen.** “

Wie gewährt man soziale Unterstützung zielgerichtet solchen Menschen, die sie wirklich brauchen, und wie stellt man sicher, dass die Bereitstellung und Qualität von wichtigen Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung nicht durch knappe Haushaltsmittel beeinträchtigt werden? Wie schafft man mehr und bessere Arbeitsplätze, wie fördert man Fähigkeiten und Kenntnisse, die der Arbeitsmarkt in naher Zukunft verlangt? Wie fördert man ein Wachstumsmodell, das Chancen für alle eröffnet und niemanden aussen vor lässt? Wie nähert man sich einer CO₂-armen umweltverträglichen Wirtschaft, die unsere Lebensstandards verbessert, ohne dass dies auf Kosten künftiger Generationen geschieht?

Diese Fragen sind für alle Regierungen von Bedeutung. Die OECD arbeitet mit ihren Mitglieds- und Partnerländern zusammen, um nach Lösungen für diese Herausforderungen zu suchen und dabei die beispiellosen Möglichkeiten zu nutzen, die eine immer enger vernetzte Welt bietet.

Ich hoffe sehr, dass der 360°-Rundumblick, den dieses neue Produkt zu Wirtschaft und Gesellschaft in der Schweiz bietet und der die zahlreichen unterschiedlichen Bereiche unserer Arbeit in Ihrem Land vereint, zu unserem gemeinsamen Verständnis beitragen kann, wie man Wohlergehen fördert. Die OECD ist stolz, mit der Schweiz und für die Schweiz zu arbeiten. Zusammen können wir hier und weltweit eine bessere Politik für ein besseres Leben voranbringen.



Angel Gurría
Generalsekretär der OECD



Ulrich
Lehner
Botschafter

©OECD/Michael Dean

Die Schweiz ist Gründungsmitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und deren Vorgängerorganisation, der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), die in den Nachkriegsjahren zur Umsetzung des Marshall-Plans ins Leben gerufen wurde. Dieser hatte den Wiederaufbau der Volkswirtschaften Europas zum Ziel, die durch den Weltkrieg zerstört wurden. Mit den grossen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der letzten fünfzig Jahre haben sich ebenfalls die Aufgaben der OECD stark gewandelt. Auch wenn die OECD heute versucht, politische Massnahmen zu fördern, die weltweit das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen verbessern, so blieb sich die OECD ihrer primären Aufgabe, der wissenschaftlichen Analyse und Beratung ihrer Mitgliedsländer, treu. Die Zusammensetzung ihrer Mitglieder hat sich ebenfalls stark verändert. Die OECD mit ursprünglich 20 Gründerstaaten im Jahr 1961 wurde erweitert und zählt heute 34 Mitgliedsländer. Aufgrund ihrer Sensibilität gegenüber der Entwicklung der weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse hat die OECD darüber hinaus ihre Beziehungen zu fünf aufstrebenden Volkswirtschaften intensiviert: Südafrika, Brasilien, China, Indien und Indonesien.

Die schweizerische Delegation bei der OECD: eine Brücke zwischen der Schweiz und der OECD

Wie alle Mitgliedsländer der Organisation verfügt auch die Schweiz über eine Delegation mit Sitz in Paris. Diese vertritt die Interessen der Schweiz gegenüber der OECD. Die schweizerische Delegation bei der OECD besteht aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO), des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF) sowie der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und wird von Botschafter Ulrich Lehner geleitet. Der Botschafter vertritt die Schweiz innerhalb des OECD-Rats – dem obersten Entscheidungsorgan der Organisation –, zu dem sich die ständigen Vertreter der 34 Mitgliedsländer und der Generalsekretär der OECD, Angel Gurría, einmal im Monat versammeln. Die Delegation verfolgt, an der Seite der Schweizer Delegierten verschiedener Bundesämter, die Arbeit der wichtigsten Ausschüsse und Arbeitsgruppen der OECD. So nehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des SECO und der SNB beispielsweise an den Besprechungen des Prüfungsausschusses für Wirtschafts- und Entwicklungsfragen teil, während die Experten des Bundesamts für Umwelt an den Zusammenkünften des Ausschusses für Umweltpolitik teilnehmen. Die Delegation verfolgt auch die Arbeit des Entwicklungszentrums der OECD, der Internationalen Energieagentur (IEA), der Agentur für Atomenergie (NEA) und des Internationalen Transportforums. Über 500 Schweizer Delegierte kommen so jedes Jahr nach

Paris, um an den Zusammenkünften der ungefähr 250 Ausschüsse und Arbeitsgruppen der OECD teilzunehmen. Die Delegation dient als Bindeglied



Swiss OECD Info ist auf der Website der Delegation verfügbar: https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/internationale_organisationen/oecd/ch-delegation-oecd.html

zwischen der OECD und den Schweizer Delegierten und bietet unter anderem logistische Unterstützung an.

Der OECD-Rat tagt einmal pro Jahr auf Ministerebene, wobei eines der Mitglieder den Vorsitz führt. Bei diesen Ministertreffen wird die Schweiz durch den Chef des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung, Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann, und die Direktorin des SECO, Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, vertreten.

Die Delegation setzt sich ebenfalls dafür ein, die OECD in der Schweiz bekannt zu machen. Zu diesem Zweck verfasst sie fünf Mal pro Jahr einen Newsletter, der einen Überblick über die jüngsten Analysen und Studien der OECD bietet, die für die Schweiz von besonderem Interesse sind.

Die OECD und die Schweiz



Peer reviews of DAC members (<http://www.oecd.org/dac/peer-reviews/peer-review-switzerland.htm>)

Als Plattform für Dialog und Informationsaustausch versetzt die OECD die Schweiz in die Lage, ihre Erfahrungen in verschiedenen Bereichen zu teilen und aus den Erfahrungen anderer Länder zu lernen, die mit den gleichen Herausforderungen auf dem Gebiet der Staatspolitik konfrontiert sind, sei es nun z. B. die Einrichtung eines leistungsstarken Gesundheitssystems oder die Umsetzung effektiver umweltpolitischer Massnahmen. Die Arbeit der OECD-Ausschüsse stützt sich stark auf die "Peer Pressure" ab und manifestiert sich in den zahlreichen Länderexamen („Peer Reviews“), denen die Mitgliedsländer in spezifischen Bereichen regelmässig unterzogen werden. 2013 wurde die Wirtschaftspolitik der Schweiz durch den Prüfungsausschuss für Wirtschafts- und Entwicklungsfragen (EDRC) untersucht. Zudem wurde im selben Jahr die Schweizer Entwicklungspolitik eingehend vom Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) geprüft.

Die auf einer genauen statistischen Arbeit basierenden Studien und Analysen der OECD erlauben der Schweiz, den Mitgliedsländern und Partnern der Organisation sich zu vergleichen und bewährte Praktiken auszutauschen. Hat man sogenannte „Best Practices“ einmal bestimmt, können sie Gegenstand von Empfehlungen oder Erklärungen der OECD werden. Dies ist zum Beispiel bei den *Leitsätzen für multinationale Unternehmen* der Fall, die einen Rahmen



OECD Economic Surveys: Switzerland 2013 (http://dx.doi.org/10.1787/eco_surveys-che-2013-en)

für die soziale Verantwortung der Unternehmen (SVU) setzen. Auch wenn diese nicht rechtsverbindlich sind, hat sich die Schweiz – wie die anderen Mitgliedsländer – zur Einrichtung einer nationalen Kontaktstelle verpflichtet, bei der jede Verletzung dieser Prinzipien gemeldet werden kann. Die Leitsätze sind integraler Bestandteil der Erklärung für multinationale Unternehmen und werden vom Investitionsausschuss der OECD überwacht.

Die Schweiz, die weder Mitglied der Europäischen Union noch der G20 ist, räumt der OECD einen hohen Stellenwert ein. Sie gehört zu den Ländern, die von der OECD erwarten, dass sie als Fürsprecher einer freien Wirtschaft auftritt und die Grundsätze der Marktwirtschaft verteidigt, um langfristig ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Seit der Finanzkrise hat die Rolle der OECD als Initiator von Standards, insbesondere in Steuerfragen, an Bedeutung gewonnen. Die Schweiz beteiligt sich aktiv an der Definition neuer internationaler Standards, sofern diese Regeln nicht nur für die Mitglieder der OECD, sondern auch in der Weise für die Hauptkonkurrenten unter den Nicht-Mitgliedern gelten, dass alle den gleichen Wettbewerbsbedingungen unterliegen. Diese Vorstellung vom Wettbewerb mit gleich langen Spießen findet sich in anderen Dossiers der OECD wieder, z. B. in Bezug auf die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger oder die Definition von Höchstgrenzen für die Instrumente zur Exportgarantie und -förderung. Ein weiterer Vorteil dieser Standards ist, dass sie der öffentlichen Hand spürbare Einsparungen gestatten, indem sie die gegenseitige Anerkennung von Normen fördern, vor allem im Bereich chemischer Produkte.

Wir möchten nochmals betonen, dass die Arbeit der OECD weit über einfache Wirtschaftsthemen hinausgeht und ein äusserst breites Spektrum abdeckt, das von der Demografie – mit der Überalterung der Bevölkerung – über die Migration, die Einkommensverteilung und die Sozialpolitik bis hin zur Gleichstellung der Geschlechter reicht. Dies sind alles Themen, die Fragen aufwerfen, auch innerhalb einer Gesellschaft, die ein hohes Wohlstands- und Zufriedenheitsniveau verzeichnet, wie aus dem von der OECD entwickelten Better Life Index hervorgeht. Die Schweiz schneidet lediglich im Bereich „Zivilengagement“ schlecht ab, und zwar beim Index für die Wahlbeteiligung. Dieser Index berücksichtigt selbstverständlich nicht die Häufigkeit der Abstimmungen, was zeigt, dass jede statistische Methode ihre Grenzen hat, denn die Schweizer gehören sicherlich zu denen, die am häufigsten abstimmen.

Die Schweiz profitiert zudem vom ausgedehnten Netz internationaler Beziehungen der OECD, das zu zahlreichen Nicht-Mitgliedsländern und internationalen Organisationen aufgebaut wurde. Durch ihren aktiven Beitrag zur Arbeit der G20 auf zahlreichen Gebieten bietet die OECD der Schweiz z. B. die Möglichkeit, die globale Agenda dieses wichtigen Entscheidungsforums zu verfolgen und daran teilzunehmen. Die Schweiz setzt ihr Engagement innerhalb der OECD folglich aktiv fort, damit diese weiterhin die Debatten bereichert und die bewährten Praktiken verbreitet, um ihre Mitglieder und Partner bei der Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen zu unterstützen.

Schweizerische Delegation bei der OECD

Die Schweiz in Zahlen

> WISSENSDATENBANK

- Datenquelle: <http://data.oecd.org/switzerland.htm>
- *Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft*
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/factbook-2014-de>
- *Regierung und Verwaltung auf einen Blick 2013*
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264209541-de>
- *Society at a Glance 2014: OECD Social Indicators*
DOI: http://dx.doi.org/10.1787/soc_glance-2014-en
- Alle OECD-Statistiken: <http://www.oecd-ilibrary.org/statistics>

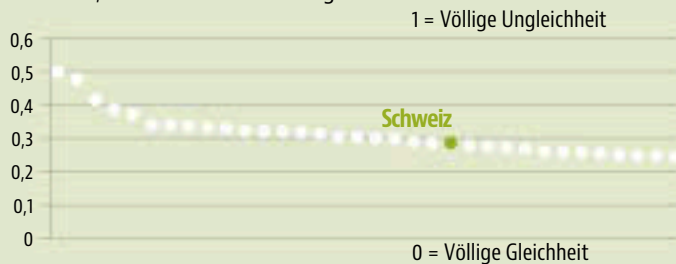
Leben und Arbeit

Bevölkerung der Schweiz als Anteil an der Gesamtbevölkerung der OECD, 2012



Einkommensungleichheit

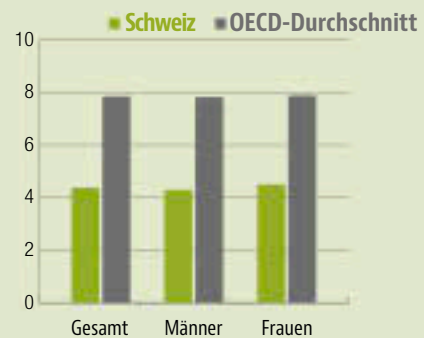
Gini-Index, 2012 oder neueste verfügbare Daten



Der Gini-Index bewertet das Ausmass, in dem die Verteilung des Haushaltseinkommens von absolut gleicher Verteilung abweicht. Ein Gini-Index mit dem Wert Null bedeutet absolute Gleichheit, während ein Wert von 1 für absolute Ungleichheit steht. (Dieses Diagramm zeigt den Gini-Index für OECD-Länder.)

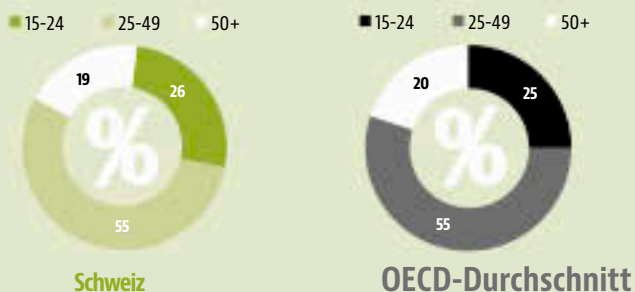
Arbeitslosenquote

% der Erwerbsbevölkerung, 2013



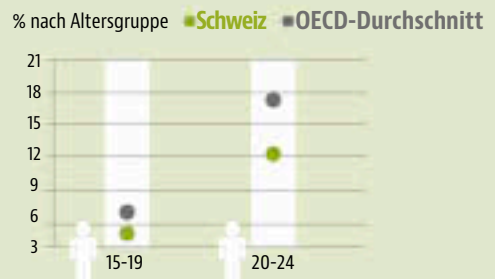
Arbeitslosenquote nach Altersgruppe

% der Gesamtzahl der Arbeitslosen in jeder Altersgruppe, 2013



Verlorene Generation?

Junge Erwachsene, die weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung sind (NEET), 2012



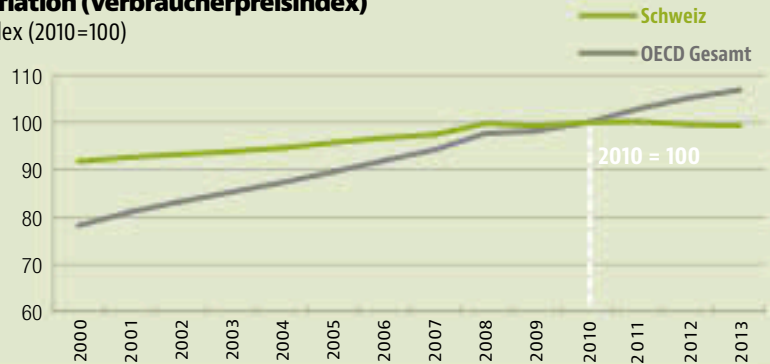
Die Schweiz in Zahlen

Wirtschaftssituation

Schweiz in der OECD-Wirtschaft
% des gesamten Bruttoinlandsprodukts (BIP) der OECD, 2013



Inflation (Verbraucherpreisindex)
index (2010=100)



Bruttoinlandsprodukt (BIP)
In USD pro Kopf, 2013



Bruttoinlandsprodukt (BIP)
Mrd. USD



Ersparnisse und Ausgaben



Private Haushaltsverschuldung
% des verfügbaren Haushaltseinkommens

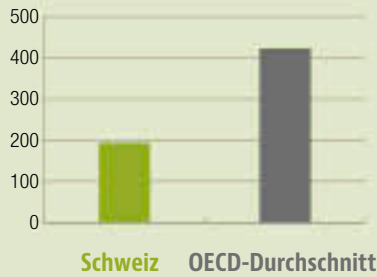


Private Haushaltersparnisse
% des verfügbaren Haushaltseinkommens



Steuersituation

Gesamtsteueraufkommen
Mrd. USD (aktuelle Preise), 2011

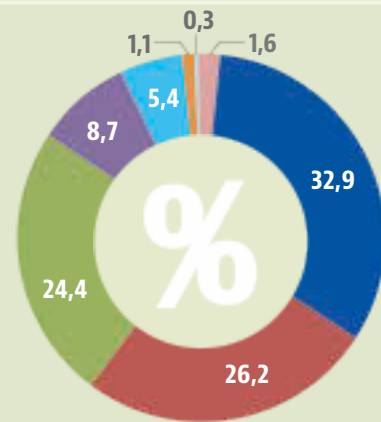
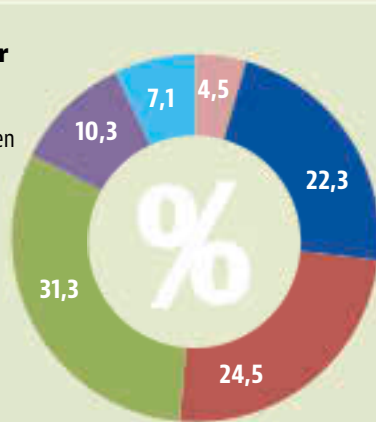


Gesamtsteueraufkommen 1988-2011
Mrd. USD (aktuelle Preise)



Steueraufkommen nach Sektor
% der Gesamtsteuer, 2011

- Steuern auf Waren und Dienstleistungen
- Sozialversicherungsbeiträge
- Steuern auf Einkommen und Gewinne
- Körperschaftssteuer
- Grundsteuer
- Lohnsteuer
- Kapitalertragssteuer
- Sonstige Steuern



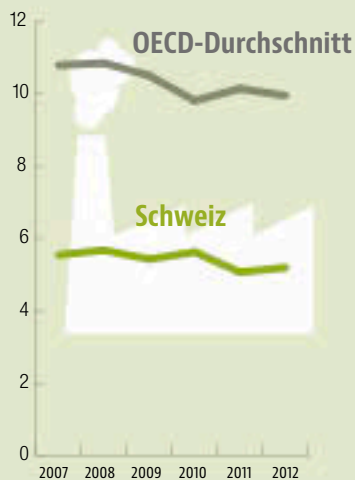
Schweiz

OECD-Durchschnitt

Abweichungen der Summe von 100 % sind rundungsbedingt.

Energie und Umwelt

Luftverschmutzung Kohlendioxidemissionen
Tonnen CO₂ pro Kopf

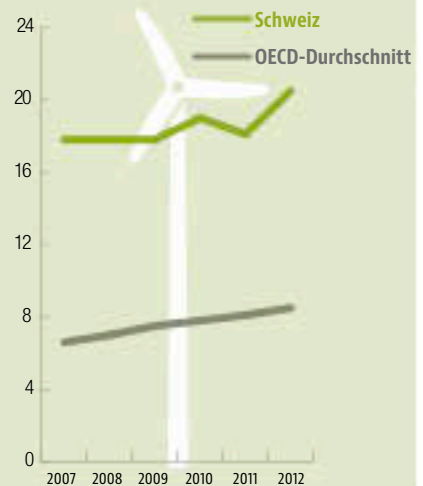


Siedlungsabfälle
Kg pro Kopf, 2012

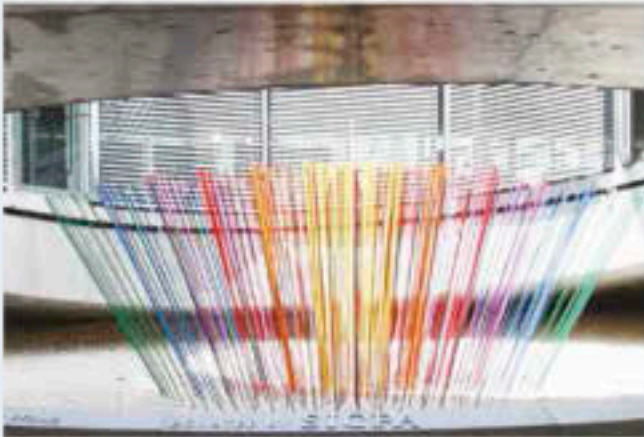
OECD-Durchschnitt **530** Schweiz **700**



Erneuerbare Energie
% der gesamten Energieerzeugung



Innovation für einen sicheren weltweiten Handel



Zeichen der Zusammenarbeit zwischen SICPA und EPFL in dem Rolex Learning Center

Bahnbrechend auf dem Weg zu sichererem weltweiten Handel

Wie viele weitere erfolgreiche schweizerische Unternehmen verbindet SICPA Schweizer Werte mit einem kraftvollen weltweiten Auftritt. Seit seiner Gründung 1927 in Lausanne hat sich SICPA schnell von einem lokalen zu einem internationalen Unternehmen entwickelt. SICPA besitzt heute Büros und Produktionsstätten auf fünf Kontinenten und bietet Dienstleistungen und Lösungen für Kunden in 180 Ländern an. Neben der Orientierung an traditionellen Werten wie Zuverlässigkeit, Qualität und Diskretion hat SICPA konstant in Innovation, Forschung und Entwicklung investiert und ist so immer auf dem neuesten Stand der Branche geblieben, die es SICPA erlaubt hat, eine Vorreiterstellung in ihren Geschäftsfeldern einzunehmen.

SICPA ist Weltmarktführer für sichere Identifikations-, Rückverfolgungs- und Authentifizierungslösungen und -dienstleistungen. Das Unternehmen glaubt fest an langfristige Partnerschaften und ist sich seiner Rolle als vertrauenswürdiger Berater von Regierungen, Zentralbanken, Hochsicherheitsdruckereien und Wirtschaftsunternehmen bewusst. Den Kern von SICPAs Kompetenz im Bereich Sicherheit bilden die fortschrittlichen Sicherheitsdrucktinten, die die meisten Banknoten weltweit gegen Fälschung und Betrug schützen und auf Wertdokumenten wie Reisepässen eingesetzt werden. Tinten-basierte Sicherheitslösungen von SICPA wurden entwickelt, um die Authentifizierungsanforderungen aller Kunden- und Interessengruppen zu erfüllen. Das beinhaltet sichtbare Merkmale, die für jeden erkennbar sind, ebenso wie halb-sichtbare und unsichtbare Eigenschaften für Kontrolleure und Prüfer, sowie Sicherheitselemente die nur ausgehenden Stellen und kriminaltechnischen Ermittlern (Forensik) vorbehalten sind.

Höhere Steuereinnahmen ermöglichen

In den vergangenen fünfzehn Jahren hat SICPA die Palette seiner Lösungen um hochentwickelte Digitaltechnologien erweitert, und im Zuge dessen die „Track and Trace“-Technologie entwickelt, die in Zukunft eine wichtige Rolle in der Sicherstellung der Integrität von Produktions- und Lieferketten, spielen soll, insbesondere von „Risikogütern“. SICPA unterstützt mit seiner SICPATRACE®-Plattform eine Reihe von Regierungen weltweit im Kampf gegen illegalen Handel, und bei der Kontrolle und Einnahme der Verbrauchssteuern. SICPATRACE® kann schrittweise implementiert werden, und ist in höchstem Maße an die Gegebenheiten des jeweiligen Landes anpassbar. Um Herausforderungen zu lösen wie zum Beispiel zu niedrige Angaben bei der Produktion (Unterdeklaration) oder das Abzweigen oder das Einschleusen von illegalen, geschmuggelten oder gefälschten Produkten in die legale Lieferkette. Im Rahmen eines ganzheitlichen Konzeptes, kombiniert mit klarer Gesetzgebung und deren Umsetzung, hat SICPATRACE® beeindruckende Resultate erbracht. Öffentliche Einnahmen konnten erhöht werden, was vor allem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten von grosser Wichtigkeit ist, und Regierungen und Behörden wurden erfolgreich unterstützt in ihrem Auftrag, Öffentlichkeit und öffentliche Gesundheit zu schützen.

Sicherheit und Profitabilität sicherstellen

SICPA hat außerdem Track & Trace Lösungen entwickelt, die eigens auf die Bedürfnisse von verschiedenen Industrien zugeschnitten sind. Dazu zählen die Unterstützung von Unternehmen bei der Einhaltung von staatlichen Richtlinien, aber auch der Schutz der Profitabilität durch Verhinderung von Nachahmungen und Fälschungen auf Grund der stetig wachsenden Bedrohung durch kriminelle Netzwerke. Die Bedrohung durch kriminelle Organisationen ist asymmetrisch, beschleunigt durch den Wegfall von Grenzen und Regeln, und fähig, sich mit grosser Geschwindigkeit an weniger robuste Technologien anzupassen. Regierungen wie Privatunternehmen sollten pro-aktiv vorgehen und sich klar werden, was für sie auf dem Spiel steht. SICPA kann hier Hilfestellung auf der Grundlage erfolgreicher und praxiserprobter Systeme und Dienstleistungen bieten, und dank eines stetigen Forschungs- und Entwicklungsprogramms effektive, individualisierbare und zukunftsfähige Lösungen bereitstellen.

Gesponsert von



SICPA

World Headquarters
Av. de Florissant 41
1008 Prilly
Schweiz

info@sicpa.com
www.sicpa.com

INFOECKE



Die Texte und Grafiken basieren auf OECD (2015), *Economic Policy Reforms 2015: Going for Growth*, OECD Publishing
 DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/growth-2015-en>



Das Wachstum fördern

Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind noch immer spürbar – die Weltwirtschaft steht nach wie vor auf schwachen Beinen, und die soziale Not ist gewachsen. Junge Menschen müssen die schlimmsten Einkommenseinbussen hinnehmen und sind einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Und die Regierungen stehen vor langfristigen Herausforderungen wie der Überalterung der Bevölkerung und dem Klimawandel. Wie können Regierungen Umstrukturierungen und Reformen in politischen Bereichen vornehmen, um dem Wachstum auf die Sprünge zu helfen, ohne dabei die Ungleichheit zu vergrössern oder die Zerstörung der Umwelt voranzutreiben?

Die Finanzkrise und die weiterhin gedämpfte Erholung haben in den meisten Industrieländern zu einem geringeren Wachstumspotenzial geführt, während sich viele Schwellenländer einem Abschwung gegenübersehen. Zu den politischen Herausforderungen gehören in nächster Zeit eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit, eine Verlangsamung der Produktivität, ein hohes Staatsdefizit und eine hohe Staatsverschuldung sowie die noch vorhandene Anfälligkeit des Finanzsektors. Die Krise hat die soziale Not noch verschärft, da einkommensschwache Haushalte schwer getroffen wurden, wobei junge Menschen die grössten Einkommenseinbussen hinnehmen müssen und einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind. Zu den langfristigen Herausforderungen zählen der Umgang mit der Überalterung der Bevölkerung sowie die Auswirkungen eines höheren Qualifikations voraussetzenden technologischen Wandels auf die Einkommensungleichheit und die Auswirkungen der Umweltzerstörung auf die Gesundheit und das künftige Wachstum. Zur Bewältigung vieler der kurz- und mittelfristigen Herausforderungen, vor denen sowohl Industrieländer als auch Schwellenländer stehen, sind solide strukturpolitische Massnahmen erforderlich.

Die Publikation *„Das Wachstum fördern“* bietet Regierungen eine umfassende Bewertung der Auswirkungen politischer Reformen auf das Wohlergehen ihrer Bürger und unterstützt sie bei der Ausarbeitung politischer Massnahmenpakete, mit denen sich ihre Zielsetzungen am besten umsetzen lassen. Der Bericht stellt wichtige Reformschwerpunkte vor, um Realeinkommen und die Beschäftigungslage in Industrieländern und grossen Schwellenländern zu verbessern. Zu den Schwerpunkten gehören insbesondere die Produkt-

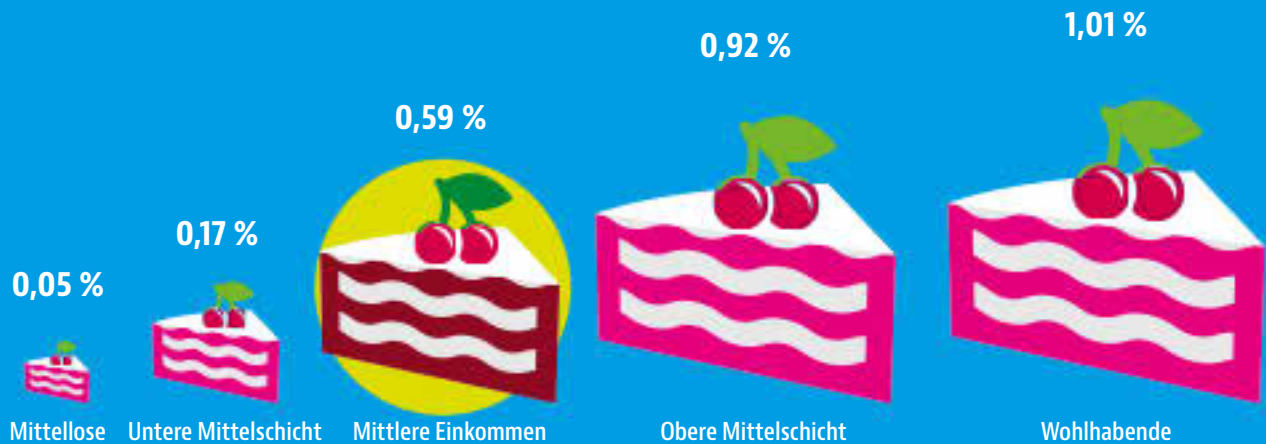
und Arbeitsmarktregulierung, die allgemeine und berufliche Bildung, Steuer- und Sozialleistungssysteme, Handels- und Investitionsvorschriften sowie Innovationsmassnahmen. Der Bericht *„Das Wachstum fördern“* hat wesentlich zur Ausarbeitung der Wachstumsstrategien der G20-Staaten beigetragen, um ihr gemeinsames Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2 % zu erhöhen. Dies war eine der wichtigsten politischen Zielsetzungen der G20 im Jahr 2014, um ein nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum zu erreichen.

Der Hauptfokus der Publikation *„Das Wachstum fördern“* liegt auf der mittelfristigen Verbesserung des materiellen Lebensstandards; der Bericht gibt jedoch auch Aufschluss über Kompromisse und ergänzende Aspekte zu anderen Zielen im Zusammenhang mit dem Wohlergehen, so beispielsweise die Verringerung der Einkommensungleichheit und die Verminderung der Umweltbelastung. Der Bericht erörtert insbesondere die Auswirkungen wachstumsorientierter Strukturreformen auf das Lohngefälle und die Einkommensungleichheit von Haushalten und prüft, ob spezifische Massnahmen der letzten Jahrzehnte zur Förderung des BIP-Wachstums ebenfalls zur Vergrösserung der Ungleichheiten beigetragen haben könnten. Ferner beleuchtet der Bericht die durch das Wirtschaftswachstum bedingte Umweltbelastung. Der Bericht geht in diesem Zusammenhang auf die Rolle von Strukturreformen und Umweltmassnahmen ein und verweist auf die Wichtigkeit der Entwicklung geeigneter umweltpolitischer Massnahmen sowie auf ihre Folgen für Produktivitätssteigerungen. Diese Ausgabe von *„Das Wachstum fördern“* enthält nicht zuletzt ein eigenes Kapitel über die allgemeinen Entwicklungen bei den Strukturreformen seit Beginn der 2000er Jahre.

Aus der Statistik

Die Verteilung des Wachstums war ungleichmässig

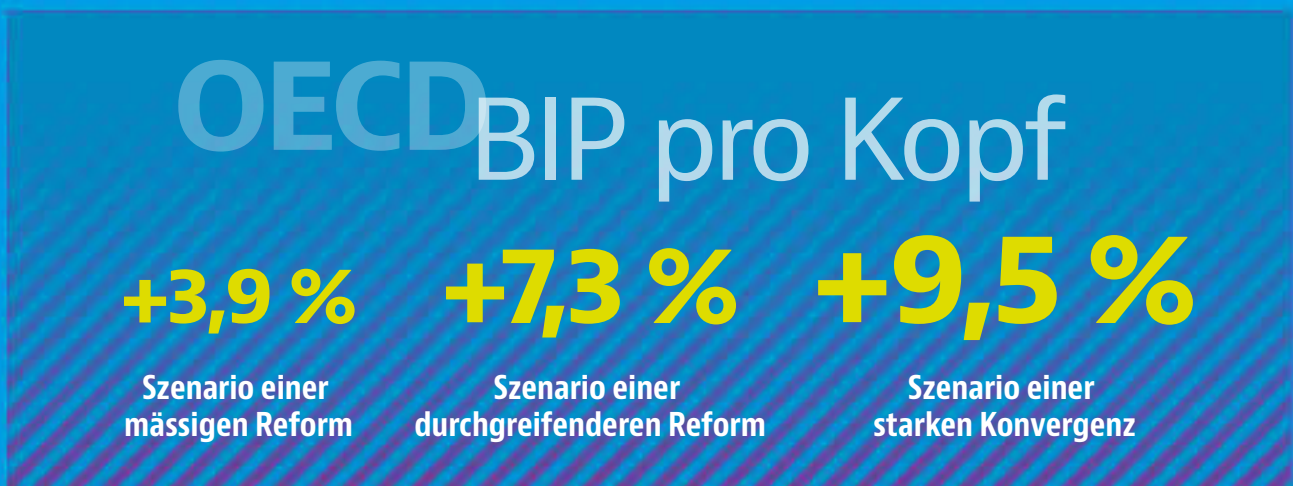
Jahreswachstum des verfügbaren Haushaltseinkommens im OECD-Durchschnitt, 1995-2011, %



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933177441>

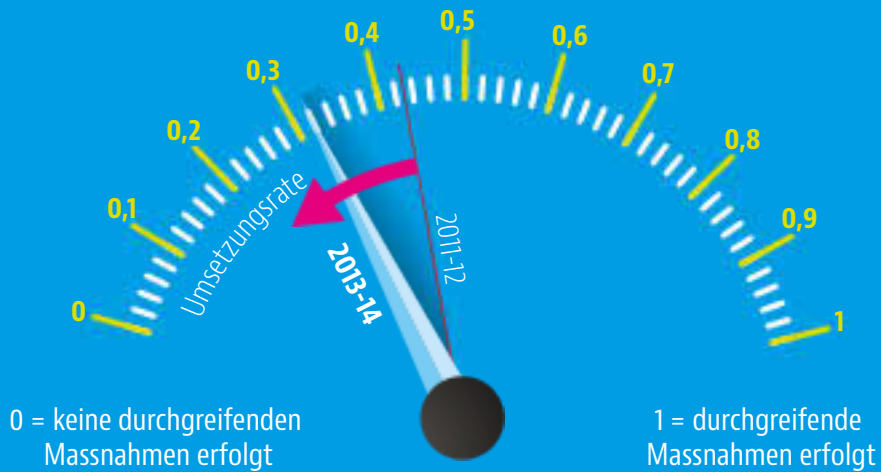
Möglicher Nutzen durch die Anwendung bewährter Verfahren ist erheblich

OECD-Durchschnitt des möglichen Nutzens beim BIP pro Kopf durch weiterreichende Reformen

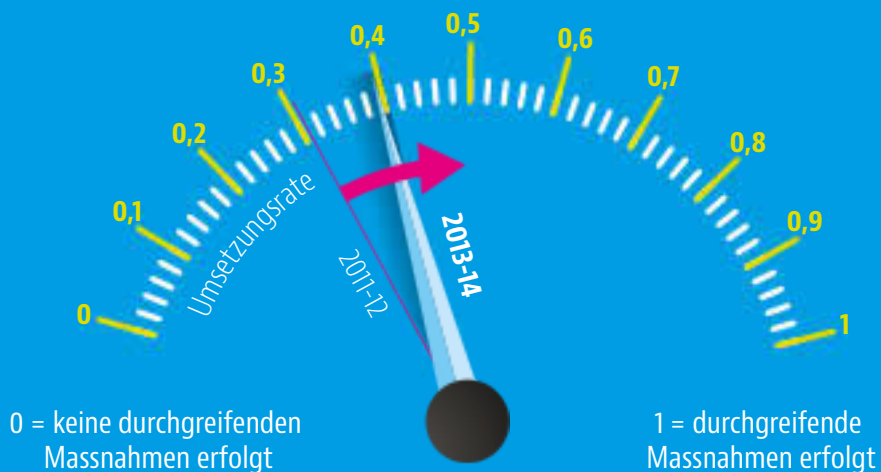


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933177586>

Abschwächung der Reformen in der OECD, aber nicht jenseits Ansprache bezüglich der Reformierung von Empfehlungen zur Wachstumsförderung



OECD



BRICS

Das Wachstum fördern

Fortschritt bei den Strukturreformen seit 2013

In den letzten beiden Jahren hat sich in den meisten Industrieländern der OECD das Tempo der Strukturreformen verlangsamt. Dem ging eine Periode erheblicher Beschleunigung im Anschluss an die Krise voraus, die teilweise auf den Marktdruck im Zuge der schuldenbedingten Turbulenzen in der Eurozone zurückzuführen war. Die Reformtätigkeit ist nach wie vor hoch, wenn auch in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien ein Rückgang zu verzeichnen ist, während sie in Japan zugenommen hat. In den meisten nordischen Ländern und den Kernstaaten der Eurozone bleibt sie weiterhin relativ schwach ausgeprägt. Mit Blick auf die Bedeutung von wissensbasiertem Kapital und Arbeitskräften mit ergänzenden beruflichen Qualifikationen als Wachstumsquelle und unter Berücksichtigung der unvermindert hohen Arbeitslosigkeit angesichts einer schwachen Erholung haben Länder in der gesamten OECD den Bereichen Bildung und aktive Arbeitsmarktpolitik Priorität eingeräumt. In grossen Schwellenländern hat das Reformtempo zugenommen, was die Sensibilität für Wachstumsgpässe und -hemmnisse sowie die Notwendigkeit verdeutlicht, die Anfälligkeit für Fluktuationen bei Rohstoffpreisen und Kapitalströmen zu verringern.

Neue Reformprioritäten

Die Arbeitsproduktivität ist die Hauptantriebskraft für ein langfristiges Wachstum. Reformen, die auf die Entwicklung von beruflichen Qualifikationen und wissensbasiertem Kapital ausgerichtet sind, sollte Priorität eingeräumt werden. Die Verbesserung der Qualität und Integrationsfähigkeit der Bildungssysteme trägt dem Rechnung. Der Schlüssel zu einem höheren Wachstum liegt in der Umverteilung von Ressourcen infolge notwendiger Anpassungen. Die Regierungen müssen ihre Wettbewerbs- und Innovationspolitik verbessern, um neuen Firmen den Markteintritt und eine reibungslose Umverteilung von Kapital und Arbeitskräften hin zu den Firmen und Sektoren mit der grössten Produktivität zu erleichtern. In den südlichen Ländern der Eurozone sind vor allem im Dienstleistungsbereich Produktmarktreformenten vonnöten, um die Vorteile der in den vergangenen Jahren eingeleiteten Arbeitsmarktreformen auszunutzen. Durch die Beseitigung von Hindernissen für eine höhere Beschäftigung und die Beteiligung von unterrepräsentierten Gruppen wie Frauen, Jugendlichen, geringqualifizierten und älteren Arbeitnehmern am Arbeitsmarkt kann Wachstum integrativer gestaltet werden. Eine schnellere Umverteilung auf neue Arbeitsplätze und die Möglichkeit für Arbeitnehmer, ihre berufliche Qualifikation zu verbessern, würde der Beschäftigung weiter Auftrieb geben und die Integration fördern.

Wachstumsorientierte Strukturreformen und Einkommensverteilung

Einige wachstumsorientierte Massnahmen, die das BIP durch eine erhöhte Produktivität steigern, können zu technologiebedingter Ungleichheit führen. Reformen, die beispielsweise die Innovation fördern, können eine breitere Lohnskala der Beschäftigten zur Folge haben. Auch andere Massnahmen, die die Beteiligung der Arbeitnehmer und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern, vergrössern das Lohngefälle. Da diese Massnahmen jedoch zu einer Erhöhung der Beschäftigung beitragen, nicht zuletzt unter

den gering qualifizierten Arbeitnehmern, wirken sich solche Reformen neutral auf die Verteilung des verfügbaren Einkommens der Haushalte aus. Angesichts der in vielen Ländern bestehenden Notwendigkeit, wachsende Ungleichheiten und Härten zu bekämpfen, sollten die Regierungen wachstumsorientierten Massnahmenpaketen, die Gleichheit und Integrationsfähigkeit fördern, Vorrang einräumen. Dabei ist es vor allem wichtig, die Verdienstmöglichkeiten von Geringqualifizierten zu verbessern und Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Wachstumsorientierte Strukturreformen, Umwelt und Umweltmassnahmen

Wirtschaftswachstum geht gewöhnlich mit einer höheren Umweltbelastung einher. Das Verhältnis zwischen Wachstum und Umwelt wird dabei sowohl von Umweltmassnahmen als auch von dem strukturpolitischen Rahmen beeinflusst, innerhalb dessen die Massnahmen umgesetzt werden.

Einige wachstumsfördernde Reformen wie höhere Umweltsteuern, die Einführung von Strassenbenutzungsgebühren oder die Beseitigung schädlicher Subventionen können positiv für die Umwelt sein. Andere Reformen verbessern die Wirksamkeit von Umweltmassnahmen. Dies trifft auf die Verbesserung von Rechtsvorschriften oder der Wettbewerbspolitik zu. Umweltmassnahmen, die in Bezug auf die Wahl von Technologien flexibel und neutral sind und Wettbewerbsbeschränkungen verringern, können die Umwelt wirksam schützen, ohne die gesamtwirtschaftliche Produktivität wesentlich zu beeinträchtigen.

Entwicklungen bei Reformen seit 2005

Seit der ersten Ausgabe von „Das Wachstum fördern“ im Jahr 2005 ist das Tempo der Strukturreformen in den OECD-Ländern im Durchschnitt mehr oder weniger konstant geblieben, wobei nach der Krise eine merkliche Beschleunigung zu verzeichnen war. Die Reformtätigkeit hat in einigen Politikbereichen zu einer erheblichen Verbesserung geführt. Dies trifft auf die Produktmarktregulierung, die Gestaltung der Rentensysteme und Programme für Einkommensbeihilfen bei Arbeitslosigkeit zu. Die seit Beginn der 2000er Jahre umgesetzten Strukturreformen haben insgesamt in den Ländern zu einer Erhöhung des potenziellen Pro-Kopf-BIP um durchschnittlich rund 5 % beigetragen, wobei der Grossteil der Zuwächse aus einer höheren Produktivität resultiert. Durch weitere Reformen, mit denen auf aktuell bereits bekannte bewährte Verfahren hingearbeitet wird, könnte das Pro-Kopf-BIP in den OECD-Ländern langfristig um durchschnittlich bis zu 10 % erhöht werden. Dies entspricht einem durchschnittlichen Zuwachs von rund 3 000 USD pro Person.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- Die OECD in Zahlen und Fakten 2014: Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/factbook-2014-de>
- OECD Economic Surveys
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/16097513>
- OECD-Wirtschaftsausblick
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/19990901>

INFOECKE



Die Texte und Grafiken basieren auf OECD (2014), *OECD-Beschäftigungsausblick 2014*, OECD Publishing
DOI: http://dx.doi.org/10.1787/empl_outlook-2014-de



Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen

Die Arbeitslosigkeit liegt in vielen OECD-Ländern trotz einer Belebung des Beschäftigungswachstums nach wie vor deutlich über dem Vorkrisenniveau. Die hohe Arbeitslosigkeit hat in einigen Ländern zu einer strukturellen Arbeitslosigkeit geführt, die durch eine Belebung des Wirtschaftswachstums nicht rückgängig gemacht werden dürfte. Für viele, die ihren Arbeitsplatz behalten haben, sind die Realeinkommen langsamer gestiegen, wenn nicht sogar krisenbedingt zurückgegangen. Die Arbeitsmarktpolitik sollte auf die Förderung von mehr und höherwertigen Arbeitsplätzen, insbesondere für junge Menschen, Langzeitarbeitslose und befristet Beschäftigte ausgerichtet sein.

Die Arbeitsmarkterholung im OECD-Raum bleibt unvollständig

Die Arbeitslosigkeit liegt in vielen OECD-Ländern trotz einer Belebung des Beschäftigungswachstums nach wie vor deutlich über dem Vorkrisenniveau. Für den weiteren Jahresverlauf 2014 und für 2015 wird ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit projiziert. Die Verfestigung der hohen Arbeitslosigkeit hat in einigen Ländern zu einem Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit geführt, der durch eine Belebung des Wirtschaftswachstums nicht automatisch rückgängig gemacht werden dürfte, da er insbesondere unter den Langzeitarbeitslosen einen Verlust an Humankapital und Motivation bei der Arbeitsuche zur Folge hatte. Im OECD-Raum insgesamt waren im letzten Quartal 2013 16,3 Millionen Menschen – mehr als ein Drittel der Arbeitslosen – mindestens 12 Monate arbeitslos, fast doppelt so viele wie 2007. In Anbetracht dieser Entwicklungen sollte die Förderung der Nachfrage dort ein zentrales politisches Ziel bleiben, wo die Erholung weniger robust ausfällt, und mit verstärkten Massnahmen zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit einhergehen. Beschäftigungs- und Ausbildungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose sollte Priorität eingeräumt werden, da Langzeitarbeitslose bei der Arbeitsuche normalerweise mit erheblichen Hindernissen konfrontiert sind und mit besonders hoher Wahrscheinlichkeit aus der Erwerbsbevölkerung ausscheiden.

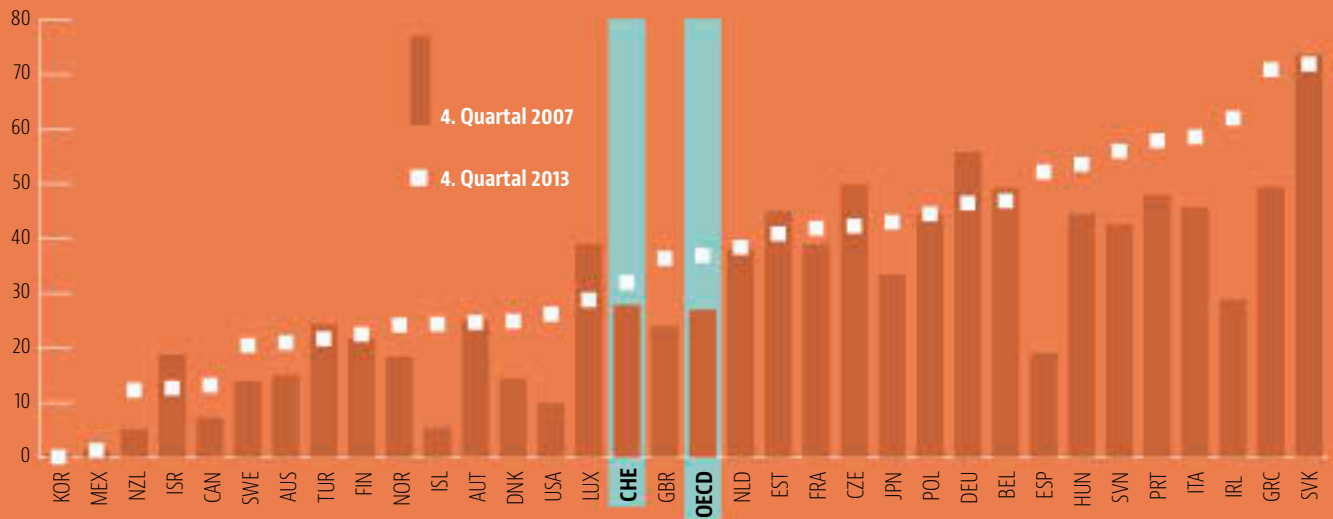
Das reale Lohnwachstum ist erheblich zurückgegangen

Für viele, die ihren Arbeitsplatz behalten haben, sind die Realeinkommen langsamer gestiegen, wenn nicht sogar krisenbedingt gesunken. Von der anhaltenden Zunahme der Arbeitslosigkeit in vielen OECD-Ländern ging ein deutlicher Abwärtsdruck auf das Reallohnwachstum aus. Diese Entwicklung trug zur Senkung der Lohnstückkosten bei und hatte in der Folge einen positiven Einfluss auf die ausserwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit in einer Reihe von Ländern insbesondere im Euroraum. Weitere Lohnanpassungen würden, vor allem angesichts der niedrigen Inflation, schmerzhaft Lohnkürzungen erforderlich machen und könnten dazu führen, dass sich die Zahl der trotz Erwerbstätigkeit in Armut Lebenden (Working Poor) erhöht. Es bedarf einer Reihe von Massnahmen zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Arbeitsplatzschaffung. Zusätzlich zu einer tragfähigen makroökonomischen Politik zur Ankurbelung der Erholung handelt es sich dabei u. a um Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit an den Güter- und Dienstleistungsmärkten, Massnahmen, die entlassenen Arbeitskräften den Übergang in neue Beschäftigungsbereiche erleichtern, sowie eine Aufstockung der Einkommen von Geringverdienern.

Aus der Statistik

Langzeitarbeitslosigkeit ist anhaltend hoch

Prozentualer Anteil der Langzeitarbeitslosen (ein Jahr oder mehr) an Gesamtarbeitslosigkeit

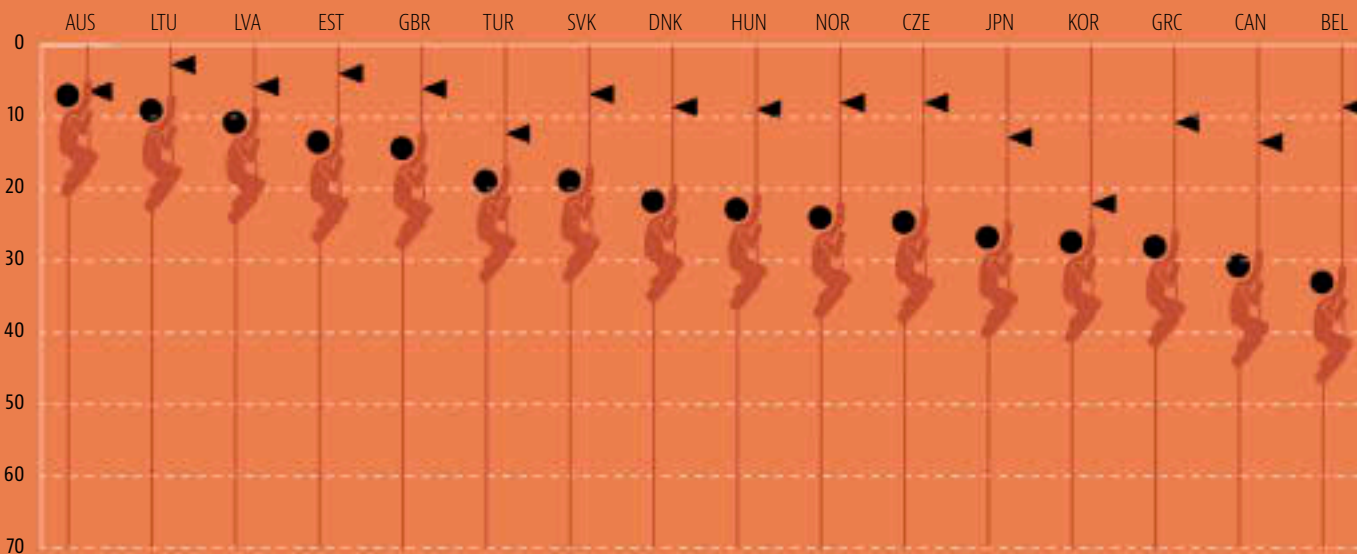


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933131880>

Junge Menschen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Zeitvertrag haben, 2011-2012

% der Arbeitskräfte mit Zeitverträgen

◀ Alle (15-64) ● Junge Menschen (15-24)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933132640>

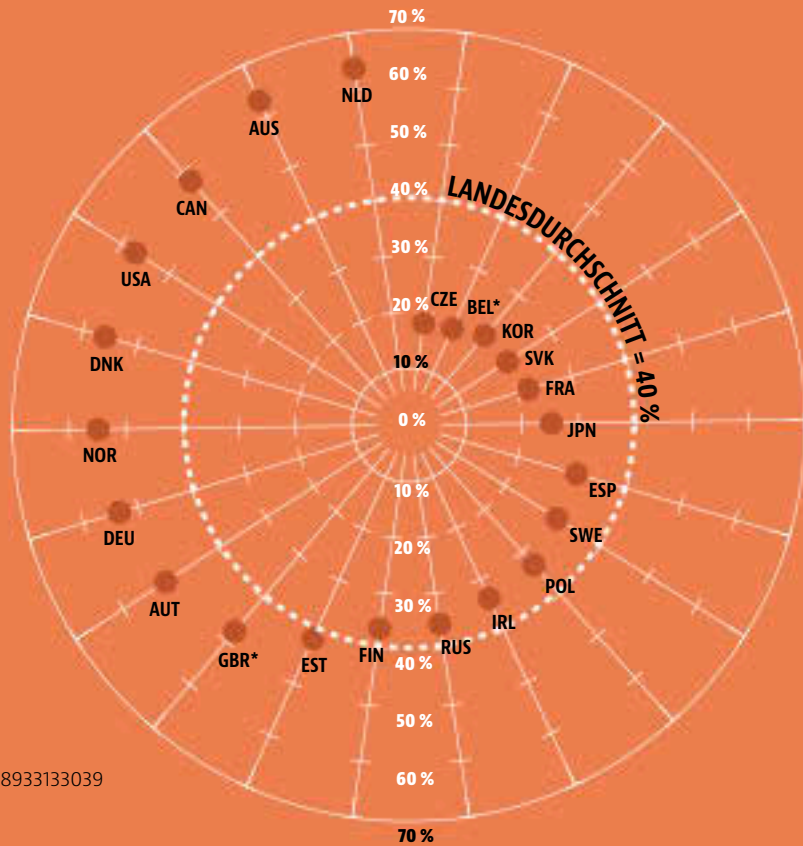
Anteil der jungen Menschen (16-29), die Arbeit und Schule/ Studium kombinieren

% aller Schüler/Studierenden

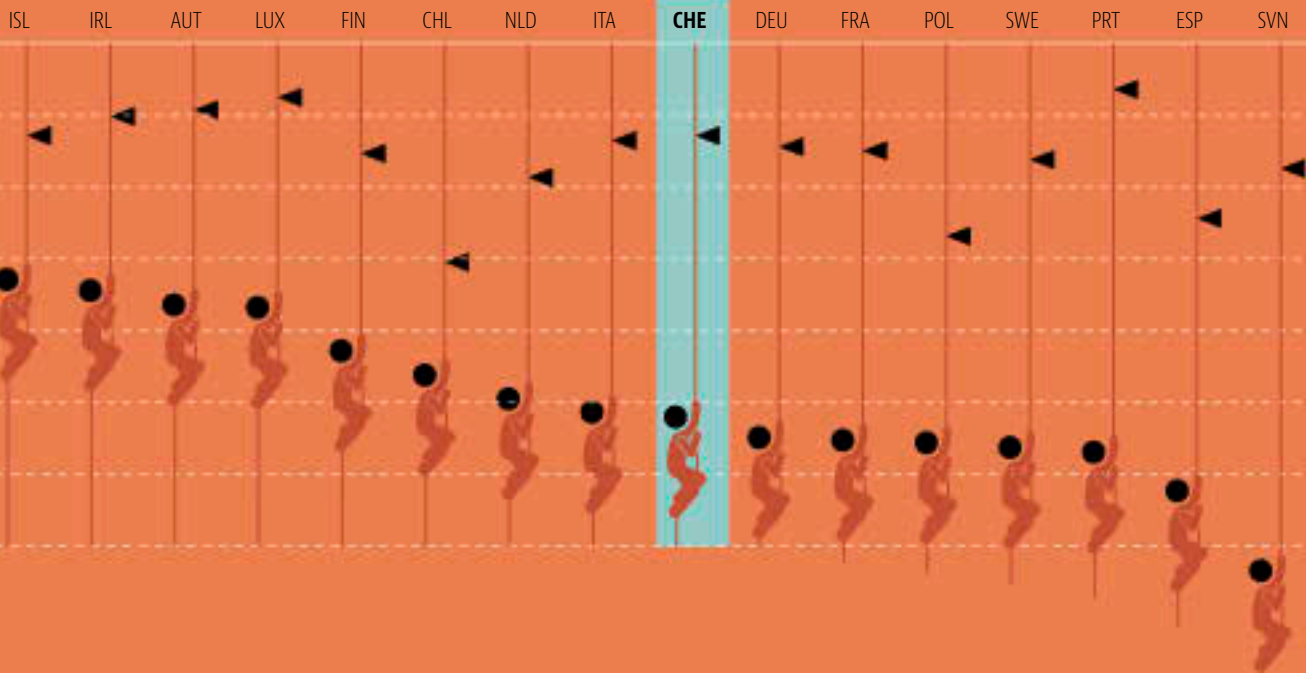


*BEL = Flandern ; *GBR = England und Nordirland

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933133039>



ISO-Codes	AUS Australien	CZE Tschechische Republik	DEU Deutschland	ITA Italien	LTU Litauen	NOR Norwegen	SVN Slowenien	GBR Vereinigtes Königreich
	AUT Österreich	DNK Dänemark	GRC Griechenland	ISR Israel	LUX Luxembour	POL Polen	ESP Spanien	USA Vereinigte Staaten von Amerika
	BEL Belgien	EST Estland	HUN Ungarn	JPN Japan	MEX Mexiko	PRT Portugal	SWE Schweden	
	CAN Kanada	FIN Finnland	ISL Island	KOR Korea	NLD Niederlande	RUS Russische Föderation	CHE Schweiz	
	CHL Chile	FRA Frankreich	IRL Irland	LVA Lettland	NZL Neuseeland	SVK Slowakische Republik	TUR Türkei	



Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen

Die Beschäftigungsqualität sollte verbessert werden

Die Arbeitsmarktentwicklung sollte sowohl in Bezug auf die Anzahl als auch die Qualität der Beschäftigungsmöglichkeiten beurteilt werden, d. h. die Arbeitsmarktpolitik sollte für mehr und bessere Arbeitsplätze sorgen. Es ist ein neuer konzeptioneller und operationeller Rahmen entwickelt worden, um die Beschäftigungsqualität anhand von drei Dimensionen zu messen: Niveau und Verteilung der Arbeitsverdienste, Arbeitsmarktsicherheit und Qualität des Arbeitsumfelds. Die Länder weisen in Bezug auf jede dieser Dimensionen grosse Unterschiede auf, doch scheint es keine bedeutenden Zielkonflikte zwischen Qualität und Quantität der Arbeitsplätze zu geben: Einigen Ländern gelingt es, in beiden Bereichen gut abzuschneiden. Beachtliche Unterschiede bei der Beschäftigungsqualität bestehen ferner zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen innerhalb der Länder. Junge Arbeitskräfte, geringqualifizierte Kräfte und befristet Beschäftigte scheinen viele Nachteile zu kumulieren. Demgegenüber erhalten hochqualifizierte Kräfte nicht nur Zugang zu mehr, sondern auch zu besseren Arbeitsplätzen. Niveau und Verteilung der Arbeitsverdienste hängen vom Stellenwert wachstumsfördernder Politikmassnahmen, vom Zugang zu Bildung und von deren Qualität, von der Struktur der Lohnfindungsmechanismen (z. B. Mindestlöhne, Tarifverträge) sowie der Gestaltung des Steuer- und Transfersystems ab. Ausschlaggebend für die Arbeitsmarktsicherheit sind die Wechselwirkungen zwischen dem Beschäftigungsschutz, den Systemen der Arbeitslosenunterstützung (Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Abfindungen) und den aktiven Arbeitsmarktmassnahmen. Die Qualität des Arbeitsumfelds wird weitgehend durch die Wirksamkeit der Arbeitsschutzbestimmungen zur Vorbeugung vor berufsbedingten gesundheitlichen Problemen, aber auch durch den sozialen Dialog und den Grad der sozialen Verantwortung des Arbeitgebers bestimmt.

Eine übermässig starke Abhängigkeit von Zeitarbeit schadet den Menschen und der Wirtschaft

Die nichtreguläre Beschäftigung – d. h. alle Formen der Beschäftigung, die nicht von einem festen oder unbefristeten Vertrag profitieren – kann Unternehmen die nötige Flexibilität sichern, um ihren Personalbestand in einem sich wandelnden wirtschaftlichen Umfeld anzupassen. Sie kann auch auf eine freiwillige Entscheidung seitens der Arbeitskräfte zurückzuführen sein, die die mit dieser Vertragsform einhergehende Flexibilität bevorzugen. Die intensive Nutzung nichtregulärer Beschäftigungsverhältnisse kann jedoch negative Folgen sowohl für die soziale Gerechtigkeit als auch die Effizienz haben. Arbeitskräfte in solchen Beschäftigungsverhältnissen sehen sich häufig einer grösseren Arbeitsplatzunsicherheit gegenüber als Arbeitskräfte in regulären Beschäftigungsverhältnissen. Gleichzeitig investieren die Unternehmen in der Regel weniger in nicht regulär Beschäftigte, was sich wiederum negativ auf ihre Produktivität und Humankapitalentwicklung auswirken kann. In den zwanzig Jahren, die der globalen Finanzkrise vorausgingen, expandierten die atypischen Beschäftigungsverhältnisse in vielen Ländern zu, da die Regierungen versuchten, die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt vor allem dadurch zu fördern, dass sie die Bestimmungen für nichtreguläre Beschäftigungsverhältnisse lockerten und die verhältnismässig strengeren Bestimmungen für regulär Beschäftigte grösstenteils unberührt liessen. Politikoptionen

zur Verringerung der Zweiteilung des Arbeitsmarkts in regulär und atypisch Beschäftigte wären z. B. eine strengere Regulierung der Nutzung befristeter Arbeitsverträge bei gleichzeitiger Lockerung der Kündigungsbestimmungen für fest angestellte Arbeitskräfte. Mit Blick auf die Zukunft könnte eine Konvergenz der mit der Beendigung befristeter Arbeitsverhältnisse einhergehenden Kosten durch die Einführung eines standardisierten bzw. einheitlichen Arbeitsvertrags erhöht werden. Jede dieser Optionen erfordert die Überwindung von Schwierigkeiten bei der Umsetzung sowie ergänzende Reformen, um wirksam zu sein.

Sowohl Bildungsniveau als auch Kompetenzen sind in der ersten Phase der Arbeitsmarktbeteiligung und darüber hinaus von Bedeutung

Die Erhebung der OECD über die Fähigkeiten und Fertigkeiten Erwachsener (PIAAC) liefert neue Erkenntnisse über die Auswirkungen des Bildungsniveaus und einer Reihe von Kompetenzen auf zwei wichtige Arbeitsmarktergebnisse junger Menschen im Alter zwischen 16 und 29 Jahren: d. h. zum einen auf das Risiko, dass sie weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung sind, und zum anderen auf die Höhe ihres Stundenlohns, wenn sie in Beschäftigung sind. Die Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung, die der Förderung höherer Bildungsabschlüsse, aber auch der Steigerung der Lese-, Mathematik- und Problemlösekompetenz sowie Verbesserung der den jungen Menschen bei der Auswahl ihres Ausbildungsfelds zur Verfügung stehenden Informationen zukommt. Auch Berufserfahrung hat erwiesenermassen von Anfang an einen positiven Effekt auf das Verdienstniveau, was auch für allgemeine Kompetenzen gilt. Dennoch scheint es in einigen Ländern nur selten vorzukommen, dass Jugendliche Arbeit und Bildung kombinieren, und die meisten Schüler und Studierenden, die neben ihrer theoretischen Ausbildung einer Berufstätigkeit nachgehen, tun dies nicht im Rahmen von formalen Bildungsangeboten, die Berufserfahrung vermitteln, wie beruflichen Bildungsgängen oder Berufsausbildungen. Um Schüler und Studierende stärker mit dem Arbeitsmarkt vertraut zu machen, empfiehlt es sich daher nicht nur in berufliche Bildungsgänge und Berufsausbildungen Elemente des Lernens am Arbeitsplatz aufzunehmen bzw. diese auszuweiten, sondern auch Massnahmen auszubauen, die es Schülern und Studierenden erleichtern, Arbeitsplatzerfahrung zu gewinnen. Bei solchen Massnahmen könnte es sich z. B. um die Beseitigung von Hindernissen handeln, die es Unternehmen schwer machen, Teilzeitkräfte einzustellen, oder um die Einführung von Steueranreizen für die Beschäftigung von Schülern und Studierenden bis zu einer bestimmten Stundenzahl.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- *OECD Employment and Labour Market Statistics*
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/lfs-data-en>
- *Taxing Wages 2013*
DOI: http://dx.doi.org/10.1787/tax_wages-2013-en
- *OECD Wirtschaftsausblick, Ausgabe 2014/1*
DOI: http://dx.doi.org/10.1787/eco_outlook-v2014-1-de

INFOECKE



Die Texte und Grafiken basieren auf OECD (2014), *Society at a Glance 2014: OECD Social Indicators*, OECD Publishing
DOI: http://dx.doi.org/10.1787/soc_glance-2014-en



Von der Finanzkrise zur Sozialkrise

Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste verschlechtern in zahlreichen OECD-Ländern die soziale Lage. Die Haushaltskonsolidierung schränkt die Fähigkeit der Regierungen ein, diesen Herausforderungen zu begegnen. Kürzungen der Sozialausgaben könnten das Leben für die sozial schwächsten Gruppen jedoch härter machen und in Zukunft zu Problemen führen. Um die Sozialpolitik „krisenfest“ zu machen und während des gesamten Konjunkturzyklus effektive Unterstützung zu bieten, müssen die Regierungen über die unmittelbare Situation hinausblicken und für die Zukunft vorsorgen.

Über fünf Jahre nach der Finanzkrise verschlechtert sich die soziale Lage in zahlreichen OECD-Ländern durch hohe Arbeitslosenquoten und Einkommensverluste. Die Fähigkeit der Regierungen zur Bewältigung dieser Herausforderungen ist auf Grund der Haushaltskonsolidierung eingeschränkt. Kürzungen der Sozialausgaben drohen jedoch, die Not der sozial schwächsten Gruppen zu verstärken, und könnten in Zukunft zu Problemen führen. Die OECD-Länder können diese Herausforderungen nur mit Politikmassnahmen bewältigen, die gut konzipiert und durch ausreichende Finanzmittel abgestützt sind. Da ihnen die schlimmsten Auswirkungen der Krise erspart geblieben sind, sehen sich die grossen aufstrebenden Volkswirtschaften anderen Herausforderungen gegenüber. Die Erfahrungen der OECD-Länder sind für die aufstrebenden Volkswirtschaften dennoch in dem Masse von Bedeutung, wie sie ihre Anstrengungen zum Ausbau und zur „krisenfesten“ Gestaltung ihrer Sozialschutzsysteme fortsetzen.

Die Finanzkrise hat eine Sozialkrise entfacht

Die Umwälzungen auf den Finanzmärkten von 2007-2008 riefen nicht nur eine Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern auch eine Sozialkrise hervor. In Ländern, die die tiefsten und längsten Wirtschaftsabschwünge erlebten, sind die Beschäftigungsaussichten, Einkommen und Lebensformen der Menschen nach wie vor erheblich beeinträchtigt. Etwa 48 Millionen Menschen in den OECD-Ländern suchen nach Arbeit – 15 Millionen mehr als im September 2007 –, und weitere Millionen von

Menschen sind in finanzieller Bedrängnis. Die Zahl der Personen, die in Haushalten leben, die keinerlei Erwerbseinkommen beziehen, hat sich in Griechenland, Irland und Spanien verdoppelt. Am stärksten sind Geringverdiener betroffen, ebenso wie junge Menschen und Familien mit Kindern.

Die sozialen Folgen könnten über Jahre zu spüren sein

Vor dem Hintergrund, dass die privaten Haushalte unter Druck stehen und die Haushaltsmittel für die soziale Absicherung auf dem Prüfstand stehen, sind immer mehr Menschen eigenen Angaben zufolge mit ihrem Leben unzufrieden, und das Vertrauen in die Regierungen ist drastisch gesunken. Es gibt darüber hinaus Anzeichen dafür, dass die Krise lange Nachwirkungen auf die künftige Lebensqualität der Menschen haben wird. Tatsächlich werden sich einige der sozialen Folgen der Krise in Bereichen wie Familiengründung, Geburtenziffern und Gesundheit erst langfristig bemerkbar machen. Die Geburtenziffern sind seit Beginn der Krise weiter gesunken, wodurch die demografischen und fiskalischen Herausforderungen der Bevölkerungsalterung verschärft werden. Familien haben darüber hinaus grundlegende Ausgaben gekürzt, u. a. für Nahrungsmittel, wodurch ihre Lebensqualität derzeit und in Zukunft beeinträchtigt wird. Es ist noch zu früh, um die längerfristigen Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen zu quantifizieren, aber Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Schwierigkeiten tragen bekanntermassen zu einer Reihe gesundheitlicher Probleme bei, darunter psychische Erkrankungen.

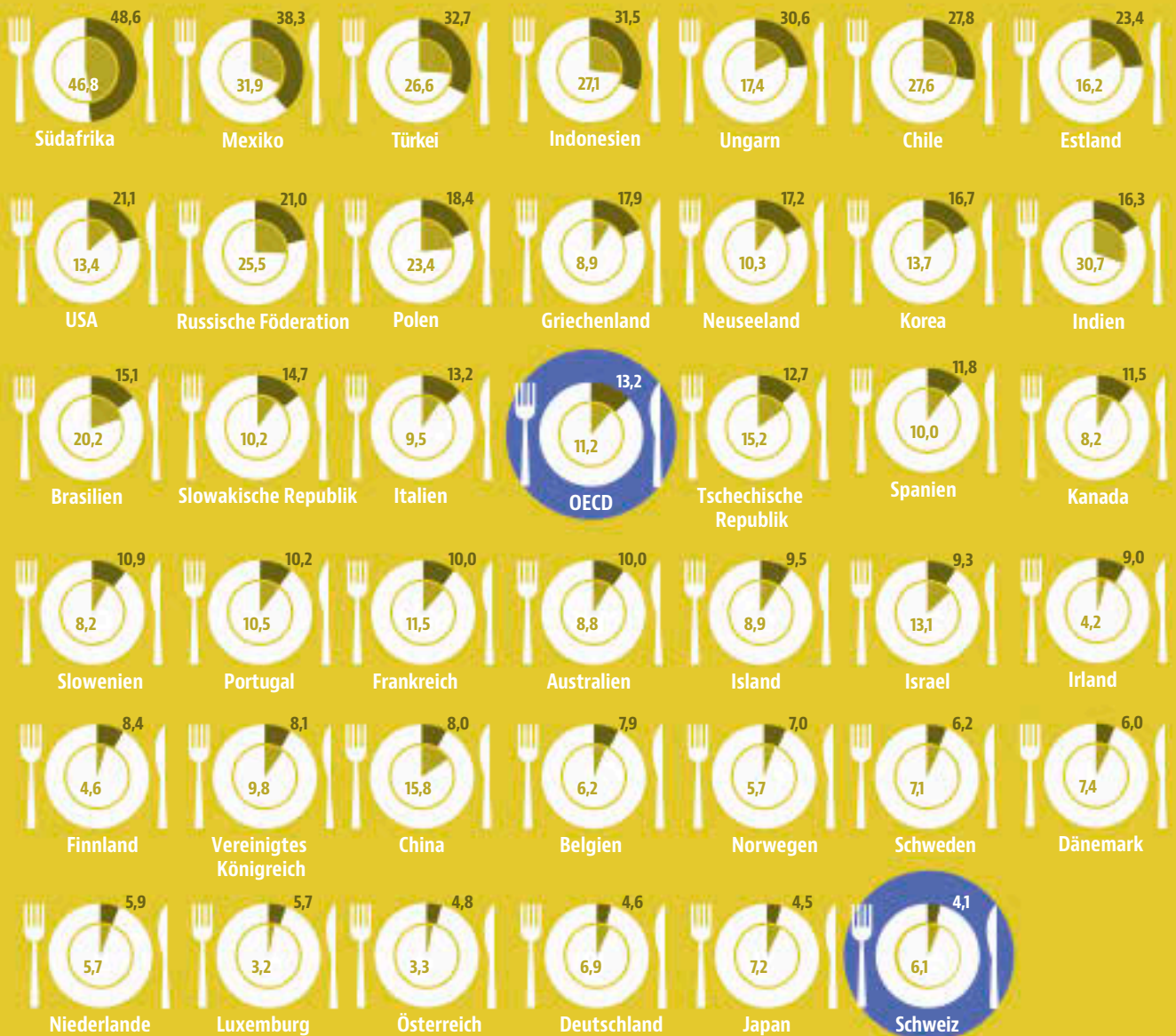
Aus der Statistik

Ernährungsunsicherheit wächst

„Gab es in den letzten 12 Monaten Zeiten, in denen Sie nicht genug Geld hatten, um Lebensmittel zu kaufen?“

% der Ja-Antworten ● 2011/2012 ● 2006/2007

Vom höchsten zum niedrigsten Wert sortiert, 2011/2012

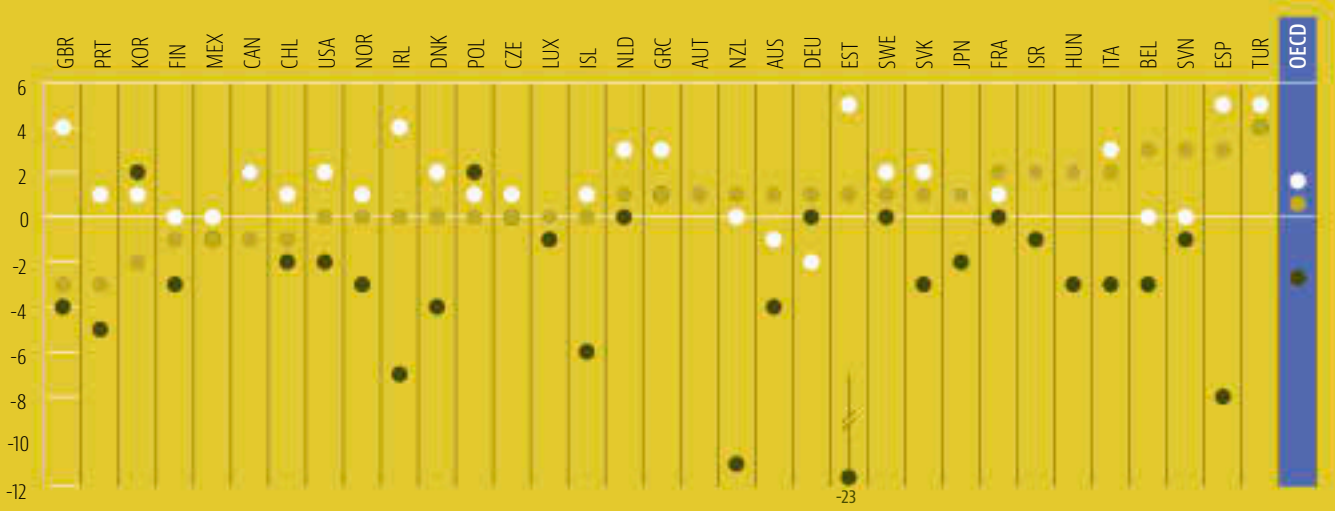
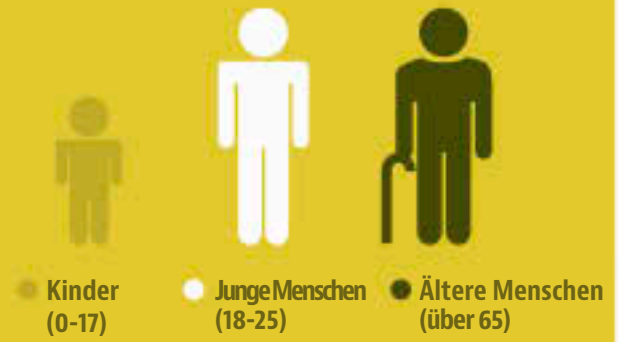


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932965991>

Die Armut nahm bei Kindern und jungen Menschen zu und fiel bei den älteren Menschen

Änderung in %-Punkten bei der relativen Armutsquote zwischen 2007 und 2010 nach Altersgruppe

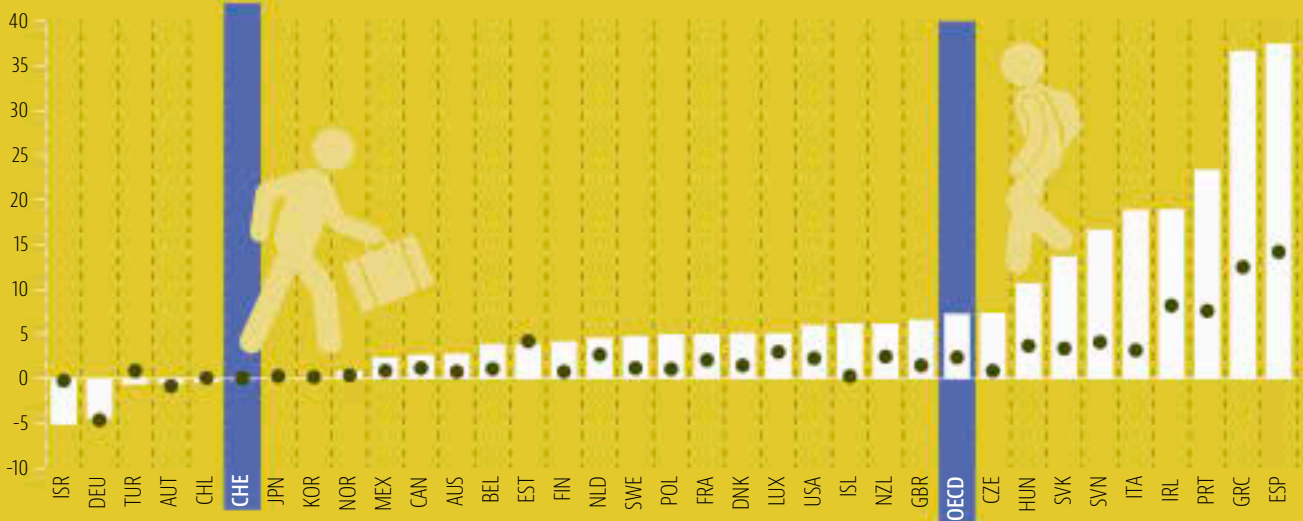
Vom niedrigsten zum höchsten Wert für Kinder sortiert



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932966485>

In den meisten Ländern waren junge Menschen am härtesten von Arbeitslosigkeit betroffen

Änderung in %-Punkten bei der Arbeitslosenquote zwischen 2007 und Q2 2013



- | | | | | | | |
|-----------------------|----------------------------------|-------------------------|----------------------|------------------------|---------------------------------|---|
| AUS Australien | CHN China | DEU Deutschland | IRL Irland | MEX Mexiko | RUS Russische Föderation | CHE Schweiz |
| AUT Österreich | CZE Tschechische Republik | GRC Griechenland | ISR Israel | NLD Niederlande | ZAF Südafrika | TUR Türkei |
| BEL Belgien | DNK Dänemark | HUN Ungarn | ITA Italien | NZL Neuseeland | SVK Slowakische Republik | GBR Vereinigtes Königreich |
| BRA Brasilien | EST Estland | ISL Island | JPN Japan | NOR Norwegen | SVN Slowenien | USA Vereinigte Staaten von Amerika |
| CAN Kanada | FIN Finnland | IND Indien | KOR Korea | POL Polen | ESP Spanien | |
| CHL Chile | FRA Frankreich | IDN Indonesien | LUX Luxemburg | PRT Portugal | SWE Schweden | |

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932966390>

Von der Finanzkrise zur Sozialkrise

Heute investieren, um morgen steigende Kosten zu vermeiden

Kurzfristige Einsparungen können zu deutlich höheren Kosten in der Zukunft führen, und die Regierungen sollten der Finanzierung von Programmen mit Investitionscharakter Vorrang einräumen. Bei den heutigen Kürzungen der Gesundheitsausgaben muss vermieden werden, dass morgen ein grösserer Gesundheitsversorgungsbedarf entsteht. Die besonders hart getroffenen Länder sollten sicherstellen, dass Kinder Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen haben, und verhindern, dass Schulabgänger vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden.

Sozial schwache Gruppen benötigen heute Unterstützung

Um effektiv zu sein, müssen Investitionen im sozialen Bereich indessen von angemessener Unterstützung für die ärmsten Bevölkerungsteile begleitet werden. Die Sicherung und Verstärkung der Unterstützung der sozial schwächsten Gruppen muss Kernbestandteil jeder Strategie für den wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung sein. Die Regierungen müssen Haushaltskonsolidierungsmassnahmen dementsprechend zeitlich abstimmen und konzipieren, da die Verteilungseffekte solcher Massnahmen stark variieren können: So leiden die Armen möglicherweise stärker unter Ausgabenkürzungen als unter Steuererhöhungen.

Der Spielraum für die Kürzung der Arbeitslosenleistungen ist begrenzt

In Anbetracht der schlechten Arbeitsmarktlage besteht wenig Spielraum für Kürzungen der Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfe sowie der Ausgaben im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wo Einsparungen erzielt werden können, sollten diese im Einklang mit dem Tempo des Aufschwungs erfolgen. Insbesondere haben gezielte Leistungen zur Einkommenssicherung in Ländern Priorität, in denen derartige Leistungen nicht existieren bzw. schwer zugänglich sind oder in denen die Arbeitslosenleistungen der Langzeitarbeitslosen auslaufen. Allgemeine Kürzungen der Sozialleistungen, etwa Wohn- und Kinder-/Familienleistungen, sollten vermieden werden, da diese Transferleistungen armen Erwerbstätigenhaushalten und Alleinerziehenden oftmals lebenswichtige Unterstützung bieten.

Durch gezielte Ausrichtung können Einsparungen bewirkt und zugleich die sozial Schwachen geschützt werden

Durch eine effektivere Ausrichtung können beträchtliche Einsparungen erzielt und sozial schwache Gruppen zugleich geschützt werden. Insbesondere bei Gesundheitsreformen sollte der Schutz der sozial schwächsten Bevölkerungsteile Priorität haben. Allerdings muss diese gezielte Ausrichtung sorgfältig konzipiert werden, um die Schaffung von Fehlanreizen zu vermeiden, die die Menschen von der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit abhalten. So verzeichnen Arbeitslose, die im Begriff sind, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, u. U. Einbussen oder eine sehr geringe Einkommenserhöhung, wenn sie statt der Sozialleistungen ein Gehalt beziehen.

Die Bemühungen der Familien unterstützen, Notlagen zu bewältigen

Es spricht vieles dafür, staatliche Hilfen so zu konzipieren, dass sie auf der Fähigkeit der privaten Haushalte zur Bewältigung von Notlagen aufbauen und diese ergänzen, aber nicht an ihre Stelle treten. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, effektive Unterstützung im Beschäftigungsbereich zu bieten, selbst wenn dies kurzfristig mit höheren Ausgaben für eine aktive Sozialpolitik verbunden ist. Arbeitsmarktpolitische Aktivierungsmassnahmen und Lohnergänzungsleistungen sollten auf einem vertretbaren Niveau gehalten werden. Wo die Zahl der Haushalte ohne Arbeit hoch ist, müssen sich die Politikanstrengungen darauf konzentrieren, sicherzustellen, dass eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage diesen Haushalten rasch zugute kommt. Um möglichst effektiv zu sein, sollten arbeitsbezogene Unterstützungsleistungen und Anreize beispielsweise nicht auf einzelne Arbeitsuchende beschränkt, sondern auch für ihre erwerbslosen Partner zugänglich sein.

Die Regierungen müssen für die nächste Krise vorsorgen

Um die Sozialpolitik „krisenfest“ zu machen und über den gesamten Konjunkturzyklus hinweg effektive Unterstützung zu bieten, müssen die Regierungen über den jüngsten Abschwung hinausblicken. Erstens müssen sie Möglichkeiten finden, in Zeiten des Aufschwungs Ersparnisse zu bilden, um sicherzustellen, dass sie in Abschwungphasen die steigenden Kosten tragen können. Auf der Ausgabenseite sollten Sozialleistungen stärker an die Arbeitsmarktlage geknüpft werden – beispielsweise durch deutliche Kürzung der Sozialausgaben während eines Aufschwungs sowie die Verlagerung von Ressourcen von Sozialleistungen zu Massnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Auf der Einnahmenseite sollten die Steuerbasis verbreitert, die Abhängigkeit von der Besteuerung des Faktors Arbeit verringert und die Steuersysteme angepasst werden, um der wachsenden Einkommensungleichheit Rechnung zu tragen. Zweitens müssen die Regierungen mit den vor der Krise begonnenen Strukturreformen der sozialen Sicherungssysteme fortfahren. Tatsächlich sind diese Reformen auf Grund der Krise notwendiger denn je. Im Bereich der Renten beispielsweise droht manchen künftigen Rentnern auf Grund langer Zeiten der Arbeitslosigkeit im erwerbsfähigen Alter eine grössere Einkommensunsicherheit. Im Gesundheitswesen sind Strukturmassnahmen, mit denen unnötige Dienstleistungen abgeschafft und Effizienzgewinne erzielt werden, ungezielten Kürzungen, die den Zugang der sozial schwächsten Gruppen zur Gesundheitsversorgung einschränken, vorzuziehen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- *OECD Income Distribution Database*
DOI : <http://dx.doi.org/10.1787/data-00654-en>
- *How's Life? 2013: Measuring Well-being*
DOI : <http://dx.doi.org/10.1787/9789264201392-en>
- *Health at a Glance 2013: OECD Indicators*
DOI : http://dx.doi.org/10.1787/health_glance-2013-en

Ungleichheiten in modernen Gesellschaften

Die Universität Genf widmet sich einer Herausforderung für moderne Gesellschaften

In den letzten Jahren kletterte das Thema Ungleichheit auf der Tagesordnung politischer Entscheidungsträger weltweit immer weiter nach oben. 1997 veröffentlichte Anthony Atkinson einen provokanten Artikel im *Economic Journal* mit dem Titel „Bringing Income Distribution In From the Cold“, während heute das Buch von Thomas Piketty „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ auf der ganzen Welt Schlagzeilen macht.

Das Messen von Ungleichheit sowie die Rolle von Ungleichheit bei Einkommen und Wohlstand bilden bereits seit langem einen Forschungsschwerpunkt für die OECD und zahlreiche Wissenschaftler, das Thema stößt derzeit jedoch auf eine beispiellose Aufmerksamkeit in den Medien und politischen Kreisen. Und wie so oft gehen einige feine, aber wichtige Detailfragen im öffentlichen Diskurs unter, so dass man sich häufig fragt, ob die Befürworter alternativer Ideen eigentlich über das gleiche Thema argumentieren. Wenn es beispielsweise um Ungleichheit geht, muss geklärt werden, welche Ungleichheit gemeint ist und wer mit ihr konfrontiert ist.

Die Universität Genf ist in diesem Zusammenhang sehr gern der Bitte des Schweizerischen Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) nachgekommen, in Zusammenarbeit mit der OECD eine Konferenz zu diesem Thema abzuhalten. Die Veranstaltung fand am 25. September 2014 in Genf als gemeinsame Initiative des SECO und der beiden neuen Fakultäten der Universität Genf, der Geneva School of Economics and Management (GSEM) und der Geneva School of Social Science (G3S), statt. Die Konferenz mit dem Titel „Ungleichheiten in modernen Gesellschaften“ sollte das Zusammenwirken zwischen der Welt der Politik und der Welt der akademischen Forschung fördern, wobei zahlreiche multidisziplinäre Ansätze zur Untersuchung der Ungleichheit vertreten waren: von der Wirtschaftswissenschaft über die Soziologie bis zur Politikwissenschaft. Michael Förster, leitender Politikanalyst des OECD-Referats Sozialpolitik (ELSA), eröffnete die Diskussion mit einer zusammenfassenden Darstellung der Arbeit der OECD zum Thema Ungleichheit. Michael Förster hat seit den Anfängen Mitte der 90er Jahre zu dieser Arbeit beigetragen. Nach dem Vortrag von Herrn Förster folgten Beiträge von Wirtschaftswissenschaftlern, Soziologen und Politikwissenschaftlern der Universität Genf, während politische Entscheidungsträger und Wissenschaftler die Ergebnisse in Foren diskutierten.

Im Verlauf des Symposiums gab es eine Reihe wichtiger Beiträge. Die Messung spielt zunächst eine große Rolle und trotz der Schwierigkeit, auf technische Probleme in der öffentlichen Debatte einzugehen, sollten politische Entscheidungsträger sich die Mühe machen, klar und deutlich zu sagen, um welche Art von Ungleichheit es sich handelt. Die Ungleichheit bei Einkommen aus Arbeit hat sich wesentlich anders entwickelt als die Ungleichheit bei Einkommen aus Kapitalerträgen. Dies gilt vor allem für das obere Ende der Verteilungsskala. Die sich verändernde Haushaltsgründung wirkt sich in erheblichem Maße auf die Dynamik der Ungleichheit insgesamt

aus, so dass sich die Verteilung des Haushaltseinkommens erheblich von der Verteilung individueller Einkommen unterscheidet. Eheschließungen finden immer häufiger innerhalb sozialer Gruppen statt, so dass wir es heute überwiegend mit Haushalten zu tun haben, in denen entweder beide Partner Besserverdiener oder beide Partner Schlechtverdiener sind, wodurch die Ungleichheit vor allem unter Kindern noch verschärft wird.

Ein zweiter wichtiger Punkt, der in Genf diskutiert wurde, war die stark heterogene Entwicklung der Ungleichheit in den OECD-Ländern und weltweit. Die Ungleichheit nahm zwar in fast allen Ländern zu, doch ist der Anstieg der Spitzeneinkommen in den angelsächsischen Ländern stärker ausgeprägt als in den nordischen Ländern. Im politischen Bereich schließlich ergeben sich zwei wesentliche Fragen. Erstens, sind die gegenwärtigen Ungleichheiten gerechtfertigt, oder sollten wir etwas unternehmen, um sie einzudämmen? Und zweitens, für den Fall, dass wir beschließen, einzugreifen: wie kann dies am wirksamsten geschehen? Die erste Frage ist vielleicht am schwersten zu beantworten, da viele Menschen unterschiedliche Ansichten darüber haben, inwieweit persönliches Engagement, Talent und Bemühen eine Rolle spielen oder inwieweit ererbter Reichtum, Glück oder gute soziale Verbindungen zum Tragen kommen. Ein Weg nach vorn besteht vielleicht darin, sich auf eine Reihe von Ursachen für Ungleichheit zu konzentrieren, die unumstritten als ungerecht gelten. Die meisten Menschen würden wohl beispielsweise zustimmen, dass es ungerecht ist, wenn jemand nur deshalb arm ist, weil er in einem armen Land geboren wurde oder weil jemand auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt wird. Es mangelt nicht an Dimensionen von Ungleichheit, über die problemlos Einigkeit erzielt werden kann, und vielleicht könnte man damit beginnen, diese Dimensionen gegenüberzustellen.

Michele Pellizzari
Professor GSEM
Universität Genf

Gesponsert von



**UNIVERSITÉ
DE GENÈVE**

Die Universität Genf ist eine akademische Einrichtung, die sich der Forschung, der Lehre und dem Dialog verschrieben hat. Seit ihrer Gründung im Jahr 1559 setzt die Universität immer höhere Maßstäbe auf ethischem Gebiet und verbessert kontinuierlich Qualität und Innovation. Heute zählt die Universität zu den führenden Forschungseinrichtungen in Europa. Die Universität Genf spielt eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des internationalen Umfelds von Genf und arbeitet mit verschiedenen internationalen Organisationen wie der OECD zusammen. Im März 2014 wurde die Universität Genf *OECD Knowledge Partner*.



Wohlbefinden in der Schweiz

Die Schweiz belegt in vielen Teilbereichen des Better Life Index einen Spitzenplatz – die allgemeine Lebensqualität ist hier sehr gut.

Geld allein macht zwar nicht glücklich, trägt aber entscheidend zum Lebensstandard bei. **30 745 USD stehen einem Schweizer Haushalt pro Kopf durchschnittlich pro Jahr zur Verfügung,**

die Haushaltsnettoeinkommen sind also deutlich höher als im OECD-Durchschnitt (23 938 USD). Die Lücke zwischen dem ärmsten und dem reichsten Teil der Bevölkerung ist allerdings gross – die obersten 20 % der Schweizer verdienen nahezu fünfmal so viel wie die untersten 20 %.

79 % der 15- bis 64-Jährigen haben eine bezahlte Arbeit, im OECD-Durchschnitt sind es 65 %, also erheblich weniger. Mit 85 % sind Männer häufiger erwerbstätig als Frauen (74 %). **1 632 Arbeitsstunden kommen pro Jahr** für den durchschnittlichen Schweizer zusammen, gegenüber 1 765 Stunden im gesamten OECD-Raum. Was die Messung der Qualität des Bildungssystems anbelangt, so erzielten **die Schülerinnen und Schüler in der Internationalen Schulleistungsstudie der OECD (PISA) in den Bereichen Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften durchschnittlich 518 Punkte, 21 mehr als der OECD-Durchschnitt.**

Die Mädchen schnitten im Durchschnitt um 6 Punkte besser ab als die Jungen, womit dieser Unterschied in den Leistungen geringer war als im OECD-Durchschnitt (8 Punkte). **86 % der 25- bis 64-Jährigen haben den Sekundarbereich II erfolgreich abgeschlossen,** mehr als im OECD-Durchschnitt (75 %). Die Männer sind hier jedoch mit 89 % in der Überzahl (Frauen: 83 %). Diese Ungleichverteilung zwischen den Geschlechtern ist grösser als im OECD-Durchschnitt, Frauen sollten also bestärkt werden, weiterführende Abschlüsse anzustreben.

Die Lebenserwartung in der Schweiz ist hoch: Mädchen, die heute geboren werden, erreichen durchschnittlich ein Alter von 85 Jahren, bei den Jungen sind es 81 Jahre. Insgesamt ergibt das eine Lebenserwartung von fast 83 Jahren – drei Jahre mehr als der OECD-Durchschnitt. Die Konzentration von Feinstaub, der die Lunge schädigen kann, liegt mit 19,8 Mikrogramm pro Kubikmeter etwas unter dem durchschnittlichen Wert in der gesamten OECD (20,1 Mikrogramm pro Kubikmeter). Dafür ist die Wasserqualität nach Einschätzung der Bürger hoch: 95 % der Bevölkerung sind zufrieden mit ihrem Trinkwasser, deutlich mehr als im OECD-Durchschnitt (84 %).

Ein starker Gemeinsinn und moderates zivilgesellschaftliches Engagement prägen das öffentliche Leben in der Schweiz. 94 % der Schweizer können sich nach eigenen Angaben darauf verlassen, dass ihnen im Notfall jemand Beistand leistet – im OECD-Durchschnitt geben nur 89 % an, eine solche Vertrauensperson zu haben. Die Wahlbeteiligung in der Schweiz ist mit 49 % bei den jüngsten Nationalratswahlen die niedrigste in der OECD: Im Durchschnitt gehen immerhin 72 % der Bürger zur Wahl. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass sich das politische System der Schweiz durch eine hohe Anzahl an Urngängen auszeichnet, was sich in einer tieferen durchschnittlichen Wahlbeteiligung niederschlägt.























Der oben stehende Text ist ein Beispiel für die Länderseiten des Better Life Index. Detailliertere Analysen zum Thema Wohlbefinden erhalten Sie in: *How's Life? 2013: Measuring Well-Being.*

Weitere Informationen zu Schätzungen und Referenzjahren finden Sie im FAQ-Bereich: www.oecdbetterlifeindex.org/de/about/better-life-initiative/.

SCHWEIZ im Index

(im Verhältnis zu anderen OECD-Ländern)



Index	Ausgewählte Ergebnisse
 Wohnverhältnisse 	<p>In der Schweiz stehen den Haushalten durchschnittlich 1,9 Räume pro Person zur Verfügung.</p>
 Einkommen 	<p>Das durchschnittliche Finanzvermögen der privaten Haushalte wird auf 100 812 USD pro Kopf geschätzt.</p>
 Beschäftigung 	<p>Etwa 1,5 % der Erwerbspersonen sind seit mindestens einem Jahr arbeitslos.</p>
 Gemeinsinn 	<p>Eigenen Angaben zufolge kennen 94 % der Menschen jemanden, der ihnen im Notfall beistehen würde.</p>
 Bildung 	<p>Die durchschnittliche Schülerleistung bei der PISA-Studie für Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften betrug 518 Punkte.</p>
 Umwelt 	<p>Die Konzentration von Feinstaub (PM10) beträgt 19,8 Mikrogramm pro Kubikmeter.</p>
 Zivilengagement 	<p>Die jüngste Wahlbeteiligung in der Schweiz betrug 49 %, was mit der generell hohen Anzahl an Urnengängen in Zusammenhang stehen dürfte.</p>
 Gesundheit 	<p>Die Lebenserwartung liegt bei 83 Jahren.</p>
 Lebenszufriedenheit 	<p>Auf einer Skala von 0 bis 10 bewerten die Menschen ihre Lebenszufriedenheit mit 7,8.</p>
 Sicherheit 	<p>Die Mordrate beträgt 0,5 pro 100 000 Einwohner.</p>
 Vereinbarung von Arbeit und Freizeit 	<p>Die Schweiz liegt bei der Work-Life-Balance im Durchschnitt der OECD.</p>

« Die Unternehmenssteuerreform ist unerlässlich, aber sie muss die Attraktivität der Schweiz erhalten »



Interview mit Herrn
Dominik Bürgy,
Präsident der Treuhand-
Kammer

An der ausserordentlichen Generalversammlung Ihres Verbandes im November 2014 wurde beschlossen die Treuhand-Kammer auf den 1. April 2015 in EXPERTsuisse umzubenennen. Was bedeutet diese Änderung?

Der Treuhand-Kammer gehören 5.000 Wirtschaftsprüfer und Steuerexperten sowie mehr als 900 kleine bis grosse Treuhandunternehmen an. Wir haben beschlossen, den Namen aus drei Gründen zu ändern:

Wir möchten uns zunächst für neue Berufsgruppen öffnen, denn als Expertenverband fühlen wir uns den eidgenössischen Diplomen unserer Branche verpflichtet. Wir wollen uns verstärkt zugunsten der Berufsgruppe der diplomierten Treuhandexperten einsetzen, deren Wiederaufnahme als ordentliche Mitglieder von unserer Mitgliederversammlung beschlossen wurde. Weiterhin vermitteln die Begriffe „Treuhand“ und „Kammer“ nicht ausreichend das Bild eines dynamischen Expertenverbands, zudem gibt es heute eine ungenügende Abgrenzung gegenüber anderen Berufsverbänden. Wir wollen daher das gewünschte Profil betonen und noch besser in der Lage sein, auf die Bedürfnisse der Unternehmen einzugehen. Schliesslich war der Begriff „Treuhand“ in den vergangenen Jahren immer mehr Gegenstand negativer Assoziationen, sowohl in der Schweiz als auch im Ausland. Die Namensänderung ist Ausdruck unseres Bestrebens, uns noch gezielter und nachhaltiger als führender, spezialisierter Berufsverband der Branche in den Bereichen Wirtschaftsprüfung, Steuern und Treuhand zu positionieren.

Mit welchen neuen Herausforderungen ist Ihr Berufstand konfrontiert?

Die grösste Herausforderung, mit der wir konfrontiert sind, ist zweifellos die Intensivierung der Regularien sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene. Der aktuelle Trend geht deutlich hin zu verschärfter Regulierung sämtlicher unserer Tätigkeitsgebiete. Dieses Phänomen bedeutet eine schwere Belastung für die KMU und engt den Handlungsspielraum unserer Mitglieder zunehmend ein.

Die ausufernden und exzessiven Vorschriften tragen dazu bei, die Attraktivität unseres Berufs zu verringern. Wir müssen uns fragen, ob wir mittel- bis langfristig noch ausreichend qualifizierte und kompetente Mitarbeitende auf dem Arbeitsmarkt finden. Der Beruf des Wirtschaftsprüfers war früher der Königsweg, um eine Finanz-Karriere zu durchlaufen. Das ist leider nicht mehr der Fall, denn heute werden auch andere Karrierewege beschritten.

Wie beurteilen Sie den internationalen Druck auf das schweizerische Steuersystem? Was sind Ihrer Meinung nach die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der steuerlichen Attraktivität der Schweiz?

Der Bundesrat, also die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, legte im September 2014 eine Reihe von Vorschlägen vor, um das schweizerische Steuersystem zu ändern. Das Thema ist komplex; die Diskussion ist lanciert. Wir glauben, dass eine Reform unerlässlich ist. Aber es muss darum gehen die Attraktivität des Standorts Schweiz zu erhalten, um für ausländische Investoren auch weiterhin attraktiv zu sein. Die Reform muss daher gleichermassen international Akzeptanz finden, ertragsneutral und attraktiv sein. Aber weder verfolgen alle Kantone, Regionen und Parteien die gleiche Zielsetzung noch haben sie auch nur ähnliche Ansprüche an die Unternehmenssteuerreform. Der sehr detaillierte Vernehmlassungsentwurf sollte in der weiteren Behandlung entschlackt werden und sich auf die wichtigsten Themen fokussieren, damit ein Kompromiss möglich wird und sich alle Beteiligten im Reformentwurf wiederfinden können. Die Treuhand-Kammer und ihre Experten werden diese Arbeiten weiter unterstützen.

Was halten Sie von der Reform der Abschlussprüfung auf europäischer Ebene?

Die Abschlussprüfung erfüllt global eine wichtige gesamtwirtschaftliche Funktion. Ohne Revision entstünden in zahlreichen Wirtschaftsbereichen Informationsdefizite. Die Abschlussprüfung verbessert die Qualität der Jahresabschlüsse, trägt zur Funktionsfähigkeit der Wirtschaft bei und gestattet eine unabhängige Überprüfung von Finanzinformationen.

Angesichts einer Vielzahl von Ideen, die dann auch tatsächlich im Amtsblatt der Europäischen Union kodifiziert wurden, wird die Prüfungsbranche Veränderungen erfahren. Wir denken jedoch, dass manche Regelung innerhalb der Europäischen Union, insbesondere die obligatorische Rotation der externen Rechnungsprüfer, nicht geeignet ist, die Qualität der Abschlussprüfung zu verbessern.

Gesponsert von



INFOECKE



Die Texte und Grafiken basieren auf OECD (2014), *OECD Regional Outlook 2014: Regions and Cities: Where Policies and People Meet*, OECD Publishing
 DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264201415-en>



Jede Region kann besser abschneiden, wenn sie verantwortungsvoll geführt und verwaltet wird

Bei den Anstrengungen der staatlichen Stellen, das Wirtschaftswachstum zu stimulieren, die Lebensqualität zu verbessern und den Ungleichheiten zu begegnen, stehen die Regionen an vorderster Stelle. Dennoch hat sich durch die Wirtschaftskrise in der Hälfte der OECD-Länder der Abstand zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen vergrößert. Wengleich das Wirtschaftswachstum und andere Erfolgsmasse von Region zu Region, und selbst innerhalb eines Landes, erheblich variieren, können leistungsschwache Regionen wettbewerbsfähiger werden, wenn die richtige Kombination von Politikmassnahmen gegeben ist und die Anstrengungen auf allen Verwaltungsebenen koordiniert werden.

Die **Einkommensdisparitäten zwischen den Regionen** haben in den meisten OECD-Ländern in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen; dieser Trend hat sich durch die Krise kaum verändert. Wenn die Unterschiede abgenommen haben, ist dies generell eher auf eine schwache Wirtschaftsleistung in wohlhabenderen Regionen als auf Wirtschaftswachstum in ärmeren Regionen zurückzuführen. Die Krise hat zudem die regionalen Disparitäten bei der Arbeitslosigkeit verschärft.

Der Wechsel von Konjunkturimpulsen zu Konsolidierungsmassnahmen nach der Krise hatte **drastische Kürzungen der öffentlichen Investitionen** zur Folge, die im OECD-Raum zwischen 2009 und 2012 in realer Rechnung um 13 % gesunken sind. Da rd. 72 % der öffentlichen Investitionen von den nachgeordneten Gebietskörperschaften verwaltet werden, stellt dies die Regionen und Gemeinden vor eine besondere Herausforderung. Obgleich Investitionskürzungen dazu beigetragen haben, das aktuelle öffentliche Dienstleistungsangebot sowie die laufenden Transferleistungen zu bewahren, können sie das Wachstum und die Dienstleistungserbringung in Zukunft beeinträchtigen.

Die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte ist einer der Gründe dafür, dass die **Zahl der Governance-Reformen auf nachgeordneten Ebenen zugenommen** hat. Diese Reformen gründen z. T. auf der Notwendigkeit, Skaleneffekte und sonstige Kosteneinsparungen zu erzielen, sie dienen aber auch als Mittel, um zusätzliche Aufgaben zu delegieren.

Die Krise hat die Grenzen von rein wirtschaftlichen Beurteilungen sozialer Fortschritte aufgezeigt und die **Notwendigkeit weiter gefasster Messgrössen der Lebensqualität** unterstrichen. Lebensqualität muss allerdings auf regionaler Ebene verstanden und angegangen werden. Die Disparitäten bei den nichtmonetären Messgrössen der Lebensqualität sind zwischen den Regionen innerhalb eines Landes häufig grösser als zwischen den einzelnen Ländern; sie bleiben zudem im Zeitverlauf äusserst konstant. Darüber hinaus fallen die Ergebnisse im Hinblick auf die Lebensqualität in Ländern, in denen Unterschiede beim Zugang zu Bildung, Arbeitsplätzen und wichtigen Dienstleistungen grösser sind, insgesamt schlechter aus.

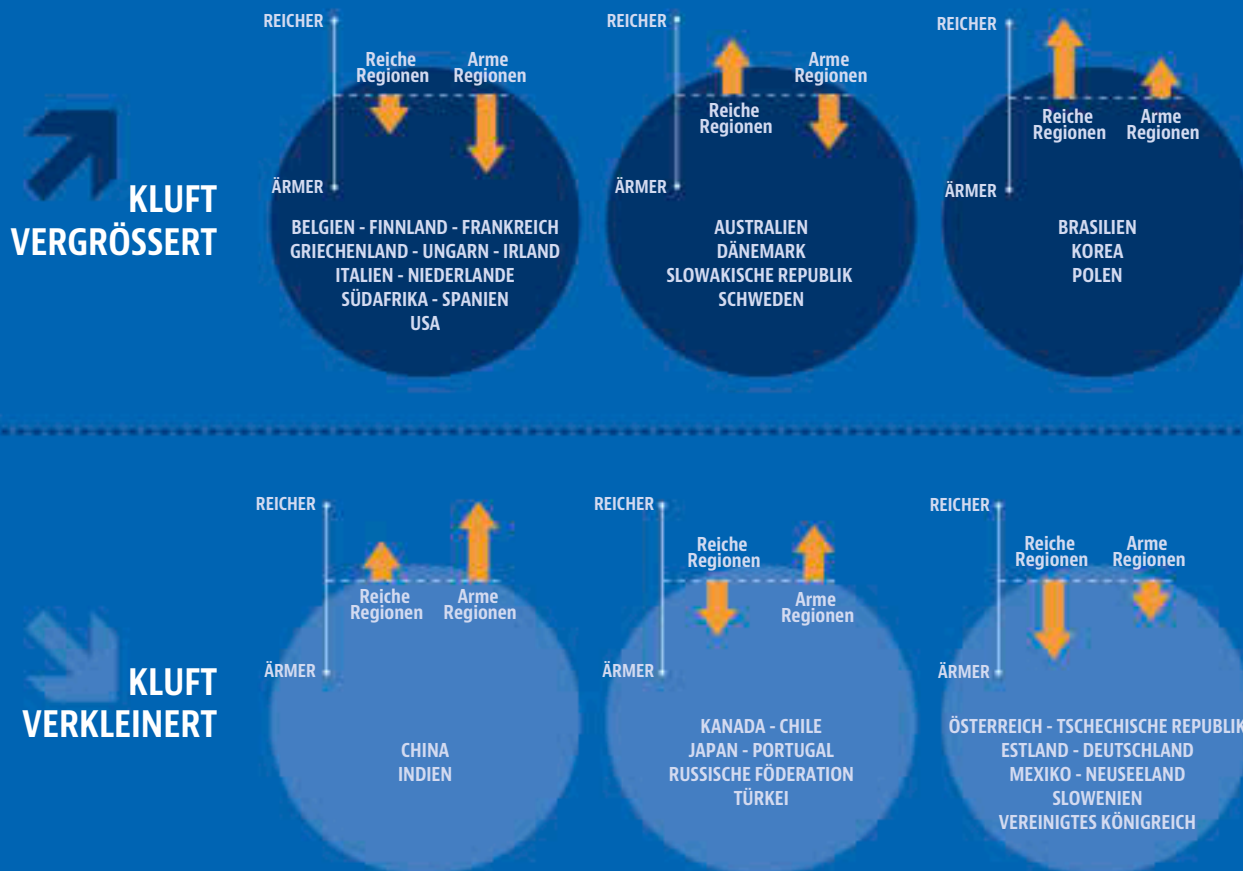
Bei der Suche nach Wachstum wurde in den meisten OECD-Volkswirtschaften den **Städten als wichtigstem potenziellen Wachstumsmotor** immer mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Alles in allem sind Städte produktiver, und ihre Produktivitätsvorteile steigen mit der Stadtgrösse. Grossstädte erhöhen in der Regel das Wachstum im Umland, sogar bis zu einer Entfernung von 200-300 km. Kleinere Städte können indessen Produktivitätsgewinne verzeichnen, wenn sie eng mit anderen Städten verbunden sind, indem sie Konnektivität als eine Art Ersatz für Grösse nutzen.

Die Wachstums- und Produktivitätsvorteile der Urbanisierung stellen sich nicht automatisch ein: **Die Art und Weise, wie Städte verwaltet werden**, hat einen unmittelbaren und grossen Einfluss auf ihre Wirtschaftsleistung und die Lebensqualität ihrer Bürger. Die Aktionen der

Aus der Statistik

Die Krise hat die Kluft zwischen den reichsten und ärmsten Regionen in vielen Ländern vergrössert

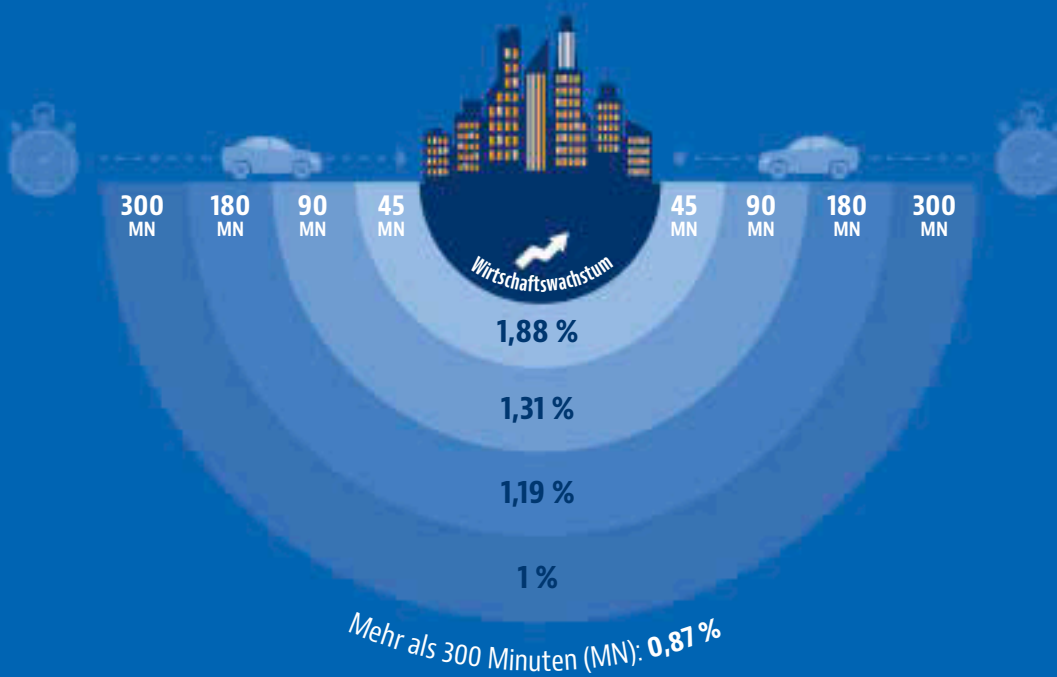
Trend beim Verhältnis zwischen dem BIP pro Kopf der 10 % reichsten und 10 % ärmsten Regionen, 2008-2010



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933106249>

Wirtschaftswachstum nimmt mit Nähe zu Grosstädten zu

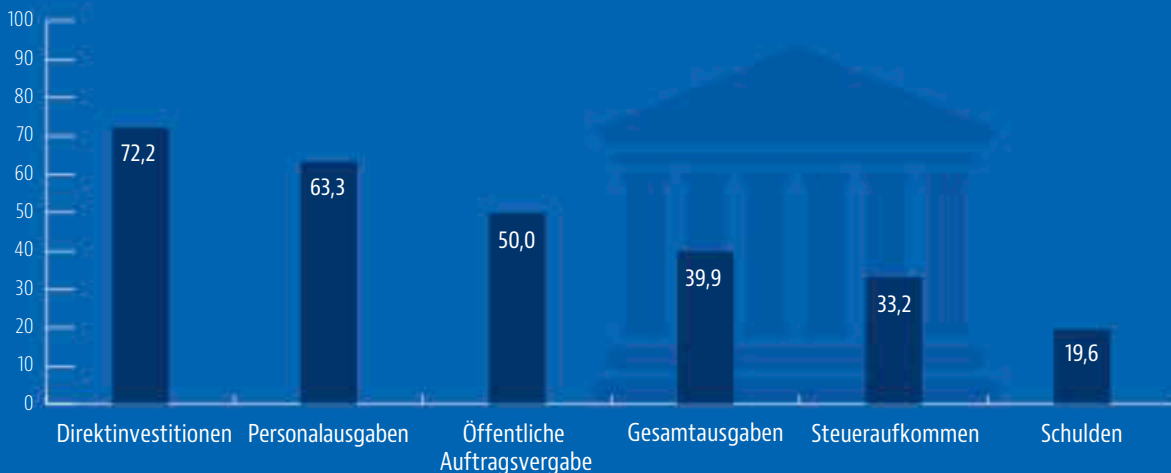
Regionale jährliche Wachstumsraten des BIP pro Kopf (1995-2010) und Fahrzeit bis zum nächstgelegenen Ballungsraum mit 2 Millionen oder mehr Einwohnern in OECD-Ländern



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933106667>

Nachgeordnete Gebietskörperschaften spielen eine Schlüsselrolle bei den öffentlichen Finanzen

Nachgeordnete Gebietskörperschaften als % des gesamten Staates, OECD (2012)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933106306>

Jede Region kann besser abschneiden, wenn sie verantwortungsvoll geführt und verwaltet wird

privaten Haushalte und Unternehmen sowie die Interaktionen zwischen den verschiedenen Bereichen der staatlichen Politik haben in der Regel entweder grössere positive oder grössere negative Ausstrahlungseffekte in Städten als in weniger dicht besiedelten Orten. Dies bedeutet, dass der Bedarf an Politikkoordinierung zwischen den verschiedenen Sektoren, Bezirken und Verwaltungsebenen grösser ist.

An einer solchen Koordinierung fehlt es häufig: Sektorspezifische Politiken auf Ebene der Zentralregierung und der nachgeordneten Gebietskörperschaften schaffen häufig widersprüchliche Anreize und sind auf den verschiedenen staatlichen Ebenen schlecht abgestimmt. Durch die horizontale Fragmentierung auf kommunaler Ebene wird das Problem verschärft, vor allem in grossen, aber politisch fragmentierten, städtischen Ballungsräumen. Der OECD Metropolitan Governance Survey führt die Kosten einer fragmentierten Governance deutlich vor Augen und richtet das Augenmerk auf die Nutzeffekte einer besseren Politikkoordinierung auf der Ebene der städtischen Ballungsräume – d. h. der Ebene, die durch Siedlungsstrukturen und Wirtschaftstätigkeit anstatt durch oft veraltete Verwaltungsgrenzen definiert wird.

Wichtige Politikimplikationen

Angesichts zunehmender Disparitäten, schleppenden Wachstums und begrenzten Spielraums der Fiskal- und der Geldpolitik bedarf es in besonderem Masse wirksamer **Politikkonzepte, die an den jeweiligen Standort angepasst sind**. Zum einen unterscheiden sich selbst innerhalb der Länder die Wachstumshemmnisse erheblich von Region zu Region. Zum anderen muss die Politik den Kompromissen, die zwischen verschiedenen Zielen erzielt werden können, sowie den potenziellen Komplementaritäten dieser Ziele, die anhand eines integrierten Ansatzes ausgeschöpft werden können, mehr Aufmerksamkeit schenken. Diese Kompromisse und Komplementaritäten tragen häufig den besonderen Bedingungen bestimmter Standorte Rechnung und sind für regionale oder lokale Akteure oft am deutlichsten sichtbar und überschaubar.

Politische Geografie spielt eine Rolle: Bei der Identifizierung und Förderung von Zusammenhängen zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zielen müssen die Politikverantwortlichen über die Verwaltungsgrenzen hinausblicken und die tatsächlichen geografischen Gegebenheiten der Herausforderungen betrachten, die sie bewältigen wollen – wenn z. B. Fragen des öffentlichen Verkehrs für ein ganzes städtisches Ballungsgebiet gelöst werden müssen und nicht separat von den einzelnen Kommunen angegangen werden sollen. Die für die jeweiligen Politikmassnahmen geeignete Ebene hängt von der zu bewältigenden Herausforderung ab: Das Einzugsgebiet von Schulen kann sich von dem der Krankenhäuser unterscheiden, und die für Verkehrsfragen zuständigen Stellen arbeiten u. U. in anderen Grössenordnungen als die Gesundheitsbehörden. Die Zahl der Verwaltungsebenen kann allerdings nicht endlos multipliziert werden, daher bedarf es Daten, Instrumenten und Institutionen, mit deren Hilfe die vertikale und horizontale Koordinierung auf den verschiedenen staatlichen Ebenen erleichtert werden.

Die Anpassung der Politikmassnahmen an die jeweiligen Standorte ist im Hinblick auf die Unterscheidung zwischen ländlichem und städtischem Raum von besonderer Bedeutung. Da rd. 78 % der Landbewohner des OECD-Raums nahe einer Stadt leben, ist es wenig sinnvoll, den städtischen und den ländlichen Raum getrennt zu betrachten. Die Politikmassnahmen für den ländlichen und den

städtischen Raum müssen stärker miteinander verknüpft werden, wenn sie den Realitäten der Standorte Rechnung tragen sollen, an denen sie umgesetzt werden. Stadt-Land-Partnerschaften können zu einer besser integrierten räumlichen Entwicklung beitragen, da sie die potenziellen Nutzeffekte des Arbeitsmarkts, ökologischer Zusammenhänge und sonstiger Wechselbeziehungen zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden maximieren.

Die Drosselung der öffentlichen Investitionen bedeutet, dass **die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften mit weniger mehr – und dies dazu auch besser – erreichen müssen**. In diesem Sinne hat der Rat der OECD auf Ministerebene im März 2014 die Recommendation on Effective Public Investment across Levels of Government (Empfehlung über wirksame öffentliche Investitionen auf den verschiedenen Verwaltungsebenen) verabschiedet. Die in der Empfehlung festgelegten Grundsätze werden den Regierungen dabei helfen, die Stärken und Schwächen der Investitionskapazitäten der öffentlichen Hand zu beurteilen und Prioritäten für Verbesserungen zu setzen.

Der Zentralregierung und den nachgeordneten Gebietskörperschaften/Gliedstaaten kommt bei der Förderung von wirksameren Governance-Lösungen für städtische Ballungsgebiete eine wichtige Rolle zu. Die Hindernisse für kollektives Handeln sind häufig gross, und selbst wenn Zusammenarbeit für alle Kommunen in einem grossen städtischen Ballungsgebiet oder in einer Region von Vorteil ist, findet sich u. U. keine unter ihnen, die über die Kapazitäten und die Anreize verfügt, um die Kosten für die Erfassung der notwendigen Informationen, die Mobilisierung der anderen Kommunen usw. zu übernehmen.

Eine bessere Governance städtischer Ballungsräume muss wiederum durch ein höheres Mass an Politikkohärenz für Städte auf der Ebene der Zentralregierung gestützt werden. In der Vergangenheit war explizite nationale Städtepolitik, sofern sie existierte, in der Regel knapp bemessen und eher auf die Probleme als auf das Potenzial ausgerichtet. Viele andere Politikbereiche, die weitreichende Auswirkungen auf die Stadtentwicklung haben, werden möglicherweise nie durch eine „städtische Brille“ betrachtet. Wollen die Regierungen die richtigen Entscheidungen im Hinblick auf Städte treffen, müssen sie eine wesentlich umfassendere Vision der Städtepolitik entwickeln, indem sie sektorübergreifende Strategien erarbeiten, in deren Rahmen die Herausforderungen, vor denen Städte stehen, mit einem integrierten Ansatz gelöst werden können.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- *OECD Regional Well-Being*
www.oecdregionalwellbeing.org
- *How's Life in Your Region?: Measuring Regional and Local Well-being for Policy Making*
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264217416-en>
- *Investing Together: Working Effectively across Levels of Government*
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264197022-en>

INFOECKE



Die Texte und Grafiken basieren auf OECD (2014), *Bildung auf einen Blick 2014: OECD-Indikatoren*, OECD Publishing
 DOI: http://www.oecd-ilibrary.org/education/bildung-auf-einen-blick_19991509



Bildung und Kompetenzen gewinnen zunehmend an Bedeutung

Der Zugang zu Bildung weitet sich aus, der Einfluss von Bildung und Kompetenzen auf unser Leben nimmt aber ebenfalls zu, wobei ein höherer Bildungsstand mit besseren Beschäftigungs- und Verdienstchancen einhergeht.

Die Ausweitung des Bildungszugangs setzt sich fort und der Anteil der Erwachsenen mit hoher Lesekompetenz nimmt weiter zu, die sozioökonomische Kluft wird jedoch grösser, weil sich der Einfluss von Bildung und Kompetenzen auf die Lebensperspektiven der Einzelnen erheblich erhöht hat.

Ein hoher Bildungsabschluss und ein hohes Kompetenzniveau werden auf dem Arbeitsmarkt belohnt

Die Betrachtung der Beschäftigungslage ergibt, dass im Durchschnitt über 80 % der Erwachsenen mit Tertiärabschluss erwerbstätig sind, verglichen mit weniger als 60 % der Personen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II. Allerdings sind auch Personen mit Tertiärbildung, insbesondere junge Erwachsene, nicht immun gegen Arbeitslosigkeit. Im Durchschnitt der OECD-Länder lag die Erwerbslosenquote von Erwachsenen mit Tertiärabschluss 2012 bei 5,0 % (gegenüber 3,3 % im Jahr 2008), unter den 25- bis 34-Jährigen betrug sie jedoch 7,4 % (gegenüber 4,6 % im Jahr 2008). Im Vergleich dazu stieg die Erwerbslosenquote der 25- bis 34-Jährigen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II von 13,6 % im Jahr 2008 auf 19,8 % im Jahr 2012 (wobei dieser Wert in vielen Ländern sogar noch höher ausfiel). Diese Daten bestätigen erneut, dass die jüngste Wirtschaftskrise junge Erwachsene mit geringem Bildungsstand besonders hart getroffen hat.

Ein Mangel an Kompetenzen verstärkt das Risiko der Arbeitslosigkeit – selbst bei vergleichbarem Bildungsniveau. So waren beispielsweise im Durchschnitt in den 24 Ländern und Regionen einzelner Länder, die an der Erhebung der OECD über die Fähigkeiten und Fertigkeiten Erwachsener teilgenommen haben, im Jahr 2012 5,8 % der Erwachsenen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II, aber mit mittlerem Lesekompetenzniveau, arbeitslos, gegenüber 8,0 % der Erwachsenen mit ähnlichem Bildungsstand, die allerdings nur ein geringes Niveau an Lesekompetenz vorweisen konnten. Analog dazu waren unter den Erwachsenen mit Tertiärbildung 3,9 % der Personen mit einem niedrigeren Lesekompetenzniveau erwerbslos, im Vergleich zu 2,5 % der Personen mit dem höchsten Kompetenzniveau.

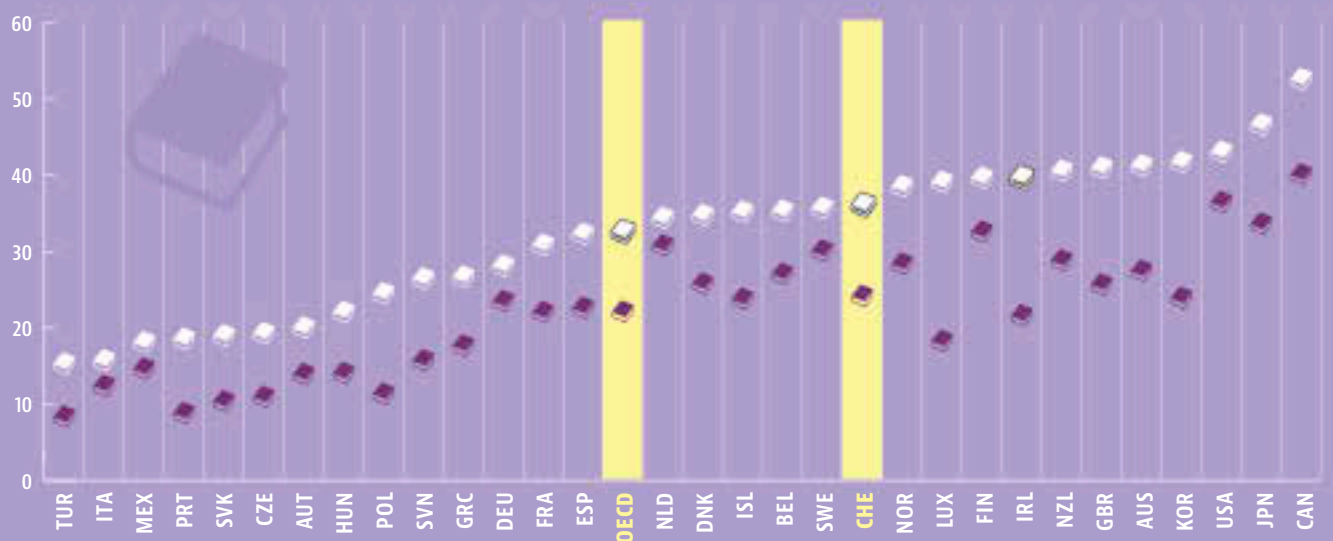
Auch die Einkommensdaten deuten auf ein sich vergrösserndes Gefälle zwischen Personen hin, die über einen bestimmten Bildungsstand verfügen, und solchen, bei denen das nicht der Fall ist. In den OECD-Ländern verdienen Erwachsene mit Tertiärabschluss im Durchschnitt rd. 70 % mehr als diejenigen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II. Kompetenzunterschiede beeinflussen ebenfalls das Verdienstniveau, selbst bei Personen mit gleichem Bildungsstand: Im Durchschnitt verdient ein Erwachsener mit Tertiärabschluss, der die höchste Kompetenzstufe im Bereich Lesekompetenz erreicht, rd. 45 % mehr als ein Erwachsener mit ähnlichem Bildungsstand,

Aus der Statistik

Mehr Erwachsene verfügen über Tertiärabschluss

% der 25- bis 64-Jährigen mit Tertiärabschluss, 2000-2012

2000 2012



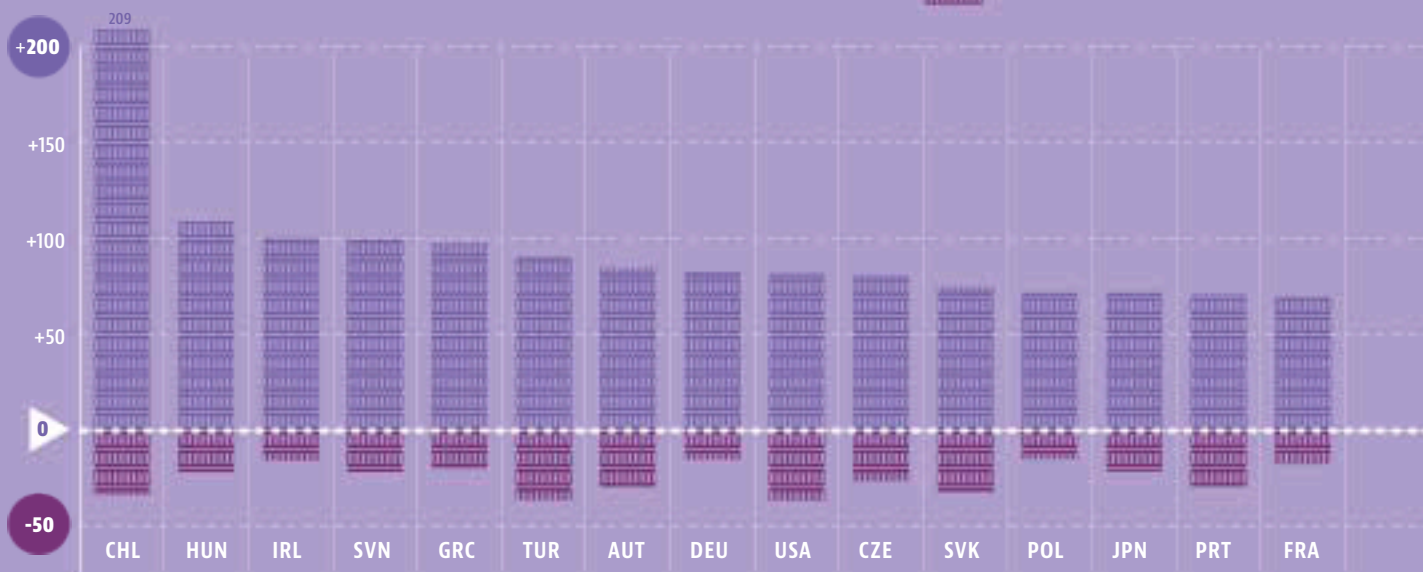
StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933114951>

Relative Einkommen nach Bildungsniveau

Gewinn oder Verlust im Vergleich zu Abschluss des Sekundärbereichs II, 2012

25- bis 64-Jährige mit Einkommen aus Beschäftigung

- Hochschulbildung oder höhere forschungsorientierte Bildung
- Abschluss des Sekundärbereichs II
- Ohne Abschluss des Sekundärbereichs II



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933116205>

Beschäftigungsquoten nach Bildungsniveau

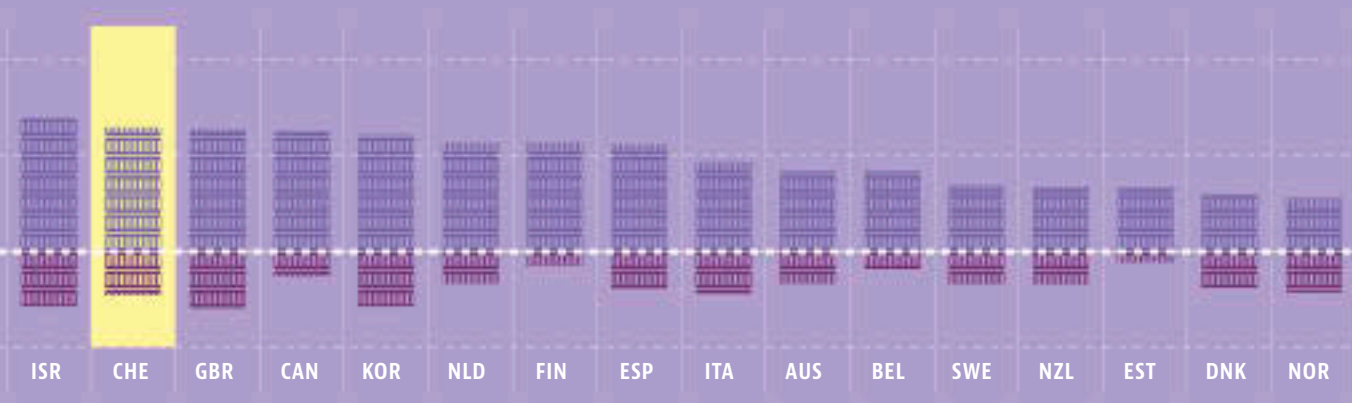
% der 25- bis 64-Jährigen in einem Beschäftigungsverhältnis

Die Länder sind nach der Beschäftigungsquote der 25- bis 64-Jährigen mit Tertiärabschluss in absteigender Reihenfolge aufgeführt



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933115958>

- | | | | | | | |
|------------------|------------------------|----------------------------------|-------------------------|------------------------|---|-----------------------------------|
| ISO-Codes | AUS Australien | CZE Tschechische Republik | GRC Griechenland | KOR Korea | NOR Norwegen | ESP Spanien |
| | AUT Österreich | DNK Dänemark | HUN Ungarn | LVA Lettland | POL Polen | SWE Schweden |
| | BEL Belgien | EST Estland | IRL Irland | LUX Luxemburg | PRT Portugal | CHE Schweiz |
| | BRA Brasilien | FIN Finnland | ISR Israel | MEX Mexiko | RUS Russische Föderation | TUR Türkei |
| | CAN Kanada | FRA Frankreich | ITA Italien | NLD Niederlande | SVK Slowakische Republik | GBR Vereinigtes Königreich |
| CHL Chile | DEU Deutschland | | NZL Neuseeland | SVN Slowenien | USA Vereinigte Staaten von Amerika | |



Bildung und Kompetenzen gewinnen zunehmend an Bedeutung

dessen Leistungen im Bereich Lesekompetenz der untersten Kompetenzstufe gemäss der Erhebung über die Fähigkeiten und Fertigkeiten Erwachsener entsprechen.

In den meisten Ländern ist die absolute Bildungsmobilität nach oben hin stärker ausgeprägt als nach unten

In vielen OECD-Ländern hat der Ausbau der Bildungssysteme, sowohl im Sekundarbereich II und im postsekundären nichttertiären Bereich als auch im Tertiärbereich, den 25- bis 34-Jährigen die Chance geboten, ein höheres Bildungsniveau zu erreichen als ihre Eltern. Im Durchschnitt der OECD-Länder, die 2012 an der Erhebung über die Fähigkeiten und Fertigkeiten Erwachsener (die aus der Internationalen Vergleichsstudie der Kompetenzen Erwachsener der OECD – PIAAC – hervorgegangen ist) teilgenommen haben, ist es 32 % der jungen Menschen gelungen, ein höheres Bildungsniveau zu erreichen als ihre Eltern, wohingegen nur 16 % den Bildungsstand der Eltern nicht erreicht haben. In allen Ländern, ausser in Estland, Deutschland, Norwegen und Schweden, ist absolute Bildungsmobilität nach oben häufiger als nach unten. Der Ausbau des Bildungswesens war in Frankreich, Irland, Italien, Korea, Spanien und der Russischen Föderation besonders ausgeprägt; hier beträgt der Unterschied zwischen der Aufwärts- und der Abwärtsmobilität mindestens 30 Prozentpunkte.

Weitere wichtige Ergebnisse

Nahezu 40 % der 25- bis 34-Jährigen verfügen heute über einen **Tertiärabschluss**, womit dieser Anteil um 15 Prozentpunkte grösser ist als in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen.

Im Durchschnitt ist der Anteil der jüngeren Erwachsenen, der im Bereich **Lesekompetenz** die höchsten Kompetenzstufen erreicht, um 10 Prozentpunkte höher als der entsprechende Anteil der älteren Erwachsenen.

In der Mehrheit der OECD-Länder beginnen die meisten Kinder ihre Bildungslaufbahn heute deutlich vor Vollendung des 5. Lebensjahrs. Mehr als drei Viertel der 4-Jährigen in den OECD-Ländern (84 %) nehmen an **frühkindlicher Bildung und Primarschulbildung** teil; in den OECD-Ländern, die zur Europäischen Union gehören, sind es 89 % der 4-Jährigen.

Etwa 72 % der Schülerinnen und Schüler, die einen **Bildungsgang des Sekundarbereichs II** beginnen, absolvieren diesen in der regulären Ausbildungsdauer. Wird für die Erlangung des Abschlusses im Sekundarbereich II ein um zwei Jahre verlängerter Zeitraum zu Grunde gelegt, schliessen im Durchschnitt der OECD-Länder 87 % der Schülerinnen und Schüler den entsprechenden Bildungsgang zwei Jahre nach der vorgesehenen Zeit erfolgreich ab.

Im Durchschnitt der OECD-Länder befanden sich 2012 49 % der 15- bis 29-Jährigen in Bildung oder Ausbildung. Von den übrigen 51 % waren 36 % beschäftigt, während 7 % erwerbslos waren und 8 % nicht am Arbeitsmarkt teilnahmen.

Die Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs und in geringerem Masse die des Elementarbereichs werden am stärksten aus privaten Mitteln finanziert: mit 31 % bzw. 19 %. In allen Ländern (ausser Italien), für die vergleichbare Daten vorliegen, stiegen zwischen 2000 und 2011 die **öffentlichen Ausgaben** für Bildungseinrichtungen in allen Bildungsbereichen zusammengenommen. Da jedoch immer mehr private Haushalte einen Teil der Bildungskosten übernehmen, nahm die **private Finanzierung** in mehr als drei Viertel der Länder sogar noch stärker zu.

Zwischen 2005 und 2011 ist der für Bildung aufgewendete Anteil der **öffentlichen Ausgaben** in zwei Drittel der Länder zwar geschrumpft, während des kürzeren Zeitraums 2008–2011 – auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise – sind die öffentlichen Bildungsausgaben in 16 der 31 Länder mit verfügbaren Daten aber schneller gestiegen (bzw. langsamer gesunken) als die öffentlichen Ausgaben für alle sonstigen Leistungsbereiche.

Ein Master-Abschluss für **Lehrkräfte** im Elementarbereich ist lediglich in vier der 35 Länder mit verfügbaren Daten Voraussetzung, wohingegen ein solcher Abschluss von Lehrkräften im Sekundarbereich II, die allgemeinbildende Fächer unterrichten, in 22 der 36 Länder mit verfügbaren Daten verlangt wird.

Die **berufliche Fortbildung von Lehrkräften** ist in rund drei Viertel der OECD- und Partnerländer, für die Daten vorliegen, in allen Bildungsbereichen vorgeschrieben. Während Fortbildung in 17 Ländern von allen Lehrkräften im Sekundarbereich I und in acht Ländern für eine Beförderung oder Gehaltserhöhung verlangt wird, ist sie in sechs Ländern nicht vorgeschrieben.

2012 waren mehr als 4,5 Millionen Studierende im Tertiärbereich in Studiengängen ausserhalb des Landes ihrer Staatsangehörigkeit eingeschrieben. Australien, Österreich, Luxemburg, Neuseeland, die Schweiz und das Vereinigte Königreich weisen den höchsten prozentualen Anteil **internationaler Studierender** an der Gesamtzahl der in ihrem Land eingeschriebenen Studierenden auf.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- *TALIS 2013 Results: An International Perspective on Teaching and Learning*
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264196261-en>
- *Skills Outlook 2013: First Results from the Survey of Adult Skills*
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264204256-en>
- *Trends Shaping Education 2013*
DOI: http://dx.doi.org/10.1787/trends_edu-2013-en

INFOECKE



Die Texte und Grafiken basieren auf OECD (2014), *Green Growth Indicators 2014*, *OECD Green Growth Studies*, OECD Publishing
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264202030-en>

Messung der Fortschritte auf dem Weg zu umweltverträglichem Wachstum

Die Green-Growth-Indikatoren der OECD unterstützen Regierungen bei einer Politikgestaltung, die das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung fördert und zugleich sicherstellt, dass Naturgüter weiter die Ressourcen und Umweltleistungen liefern können, die Voraussetzung für unser Wohlergehen sind. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat dafür gesorgt, dass der Druck auf die Umwelt in einigen Bereichen nachliess. Es besteht jedoch das Risiko, dass dieser Druck mit fortschreitender Erholung des Wirtschaftswachstums wieder zunehmen und rasch das Vorkrisenniveau überschreiten wird.

Die Green-Growth-Indikatoren der OECD sind nach vier Hauptzielen gegliedert: Schaffung einer CO₂-armen, ressourceneffizienten Wirtschaft; Erhalt des Naturkapitals; Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung; Umsetzung geeigneter Politikmassnahmen und Nutzung der durch umweltverträgliches Wachstum („Green Growth“) gebotenen wirtschaftlichen Chancen. Es wurden **sechs Leitindikatoren** für eine ausgewogene Darstellung zentraler Elemente umweltverträglichen Wachstums festgelegt: CO₂- und Materialproduktivität, Multifaktorproduktivität unter Berücksichtigung von Umweltleistungen, ein Naturressourcenindex, Veränderungen der Landnutzung und -bedeckung sowie die Luftschadstoffexposition der Bevölkerung.

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat dafür gesorgt, dass der Druck auf die Umwelt in einigen Bereichen nachliess. Ohne eine Stärkung der entsprechenden politischen Massnahmen aber wird dieser Druck mit fortschreitender Erholung des Wirtschaftswachstums wieder zunehmen und rasch das Vorkrisenniveau überschreiten.

Es sind intensivere, dauerhafte Anstrengungen zur effizienteren Nutzung von Energie und natürlichen Ressourcen erforderlich, um die Umweltschädigung umzukehren, das Naturkapital der Volkswirtschaft zu erhalten und die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern. Dazu bedarf es einer konzertierten Aktion von Finanz-, Wirtschafts-, Industrie-, Landwirtschafts- und anderen Ministerien, deren Politikmassnahmen Auswirkungen auf die Umwelt haben und die umweltverträgliches Wachstum fördern können. Die Verbesserung des Humankapitals durch Bildung und Kompetenzentwicklung ist in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung.

Verbessert sich unsere Effizienz bei der Nutzung natürlicher Ressourcen und Umweltleistungen?

In den letzten 20 Jahren ist die Umweltproduktivität der OECD-Volkswirtschaften bezogen auf die CO₂-Emissionen sowie den

Energie- und Materialeinsatz zwar gestiegen, es bestehen jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und Sektoren. Bei den Kohlendioxidemissionen und beim Einsatz fossiler Brennstoffe ist eine Entkopplung vom Wirtschaftswachstum eingetreten, und erneuerbare Energien spielen eine zunehmend wichtige Rolle bei der Diversifizierung und Dekarbonisierung der Energieversorgung. Die OECD-Länder erzeugen heute eine höhere Wertschöpfung je eingesetzter Einheit an materiellen Ressourcen als im Jahr 1990, und die Bemühungen um ein verstärktes Recycling von Abfällen zahlen sich allmählich aus. Beim Nährstoffeinsatz in der Landwirtschaft sind ebenfalls Verbesserungen festzustellen: Die Nährstoffüberschüsse gehen im Verhältnis zur Produktion zurück.

Diese Entwicklungen sind auf eine Kombination aus verschiedenen Faktoren zurückzuführen: Politikmassnahmen, den krisenbedingten Rückgang der Wirtschaftstätigkeit, die zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors, Offshoring von ressourcen- und verschmutzungsintensiver Produktion sowie steigende Handelsvolumen.

In vielen Bereichen sind die Produktivitätssteigerungen gering und die Umweltbelastungen nach wie vor hoch: Die CO₂-Emissionen steigen weiter, fossile Brennstoffe dominieren nach wie vor den Energiemix und profitieren mitunter von staatlichen Finanzhilfen, das Wirtschaftswachstum beruht immer noch auf einem hohen Einsatz an materiellen Ressourcen, und viele Wertstoffe werden weiterhin als Abfall entsorgt.

Wird das Naturkapital unserer Volkswirtschaften erhalten?

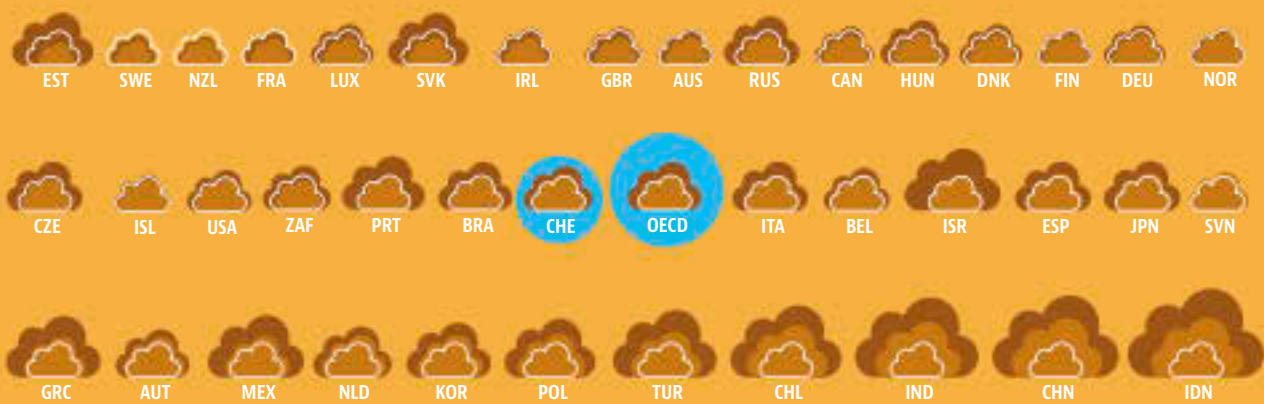
Die Informationen, die zur Evaluierung der natürlichen Ressourcen von Ländern zur Verfügung stehen, sind unvollständig und von unterschiedlicher Qualität. Beim Management erneuerbarer natürlicher Ressourcen wurden in quantitativer Hinsicht Fortschritte erzielt. Die globale **Fischproduktion** aus der Meeresfischerei

Aus der Statistik

Luftverschmutzung in städtischen Ballungsgebieten

Durchschnittliche individuelle Feinstaubbelastung (PM10), $\mu\text{g}/\text{m}^3$

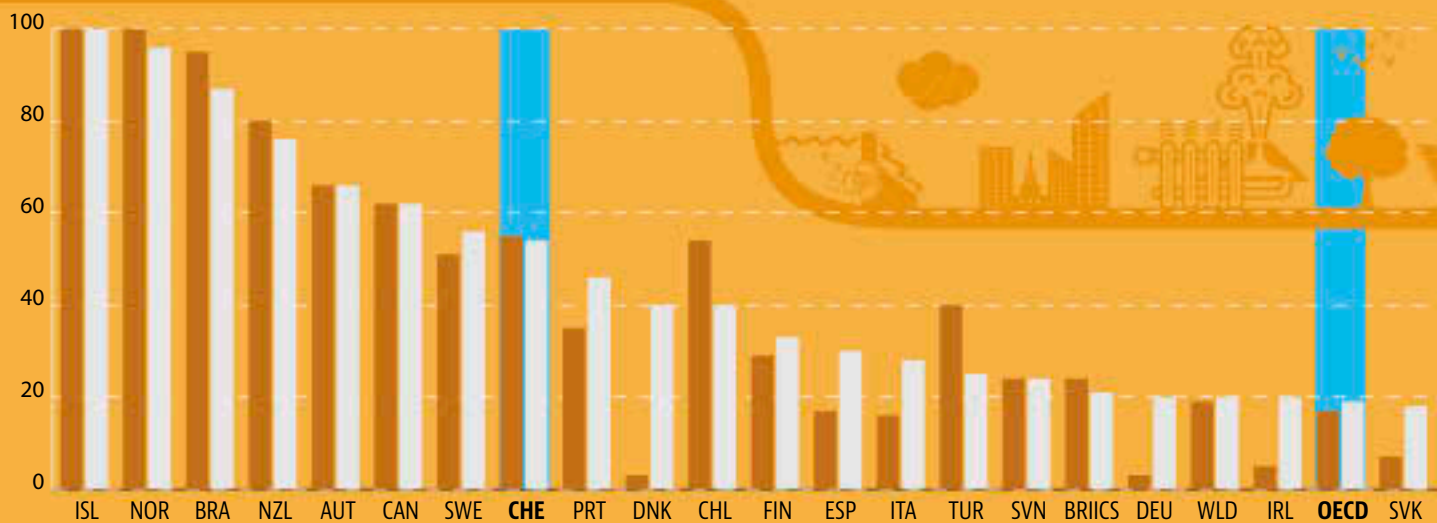
1990 2010 WHO-Grenzwert (Jahresmittel: $20 \mu\text{g}/\text{m}^3$)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932925654>

Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung

% der erneuerbaren Energien an Stromerzeugung
1990 2011

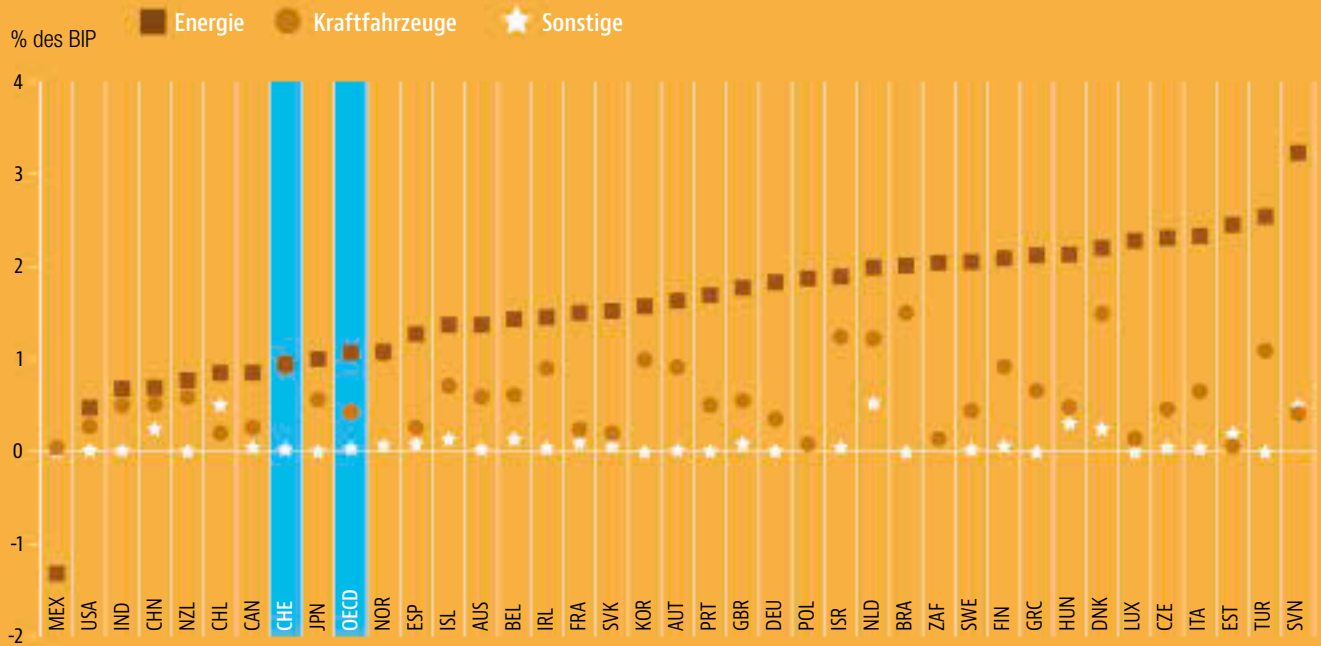


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932925255>

In vielen Ländern ist der Einsatz von Umweltsteuern weiterhin begrenzt

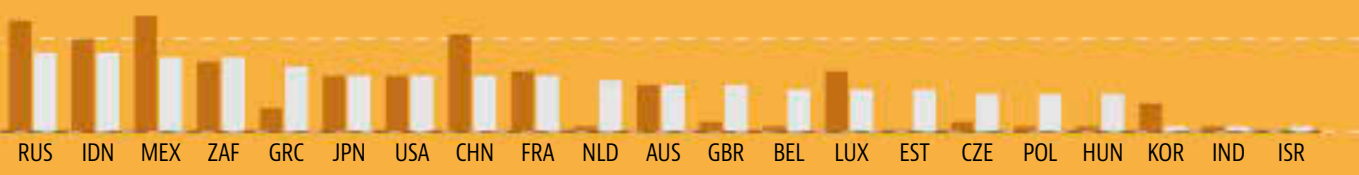
Aufschlüsselung der Einnahmen aus Umweltsteuern als % des BIP, 2012

Vom niedrigsten zum höchsten Wert für Energie sortiert



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932925825>

- ISO-Codes**
- | | | | | |
|----------------------------------|-------------------------|-----------------------|---------------------------------|---|
| AUS Australien | DNK Dänemark | IND Indien | MEX Mexiko | SVK Slowakische Republik |
| AUT Österreich | EST Estland | IDN Indonesien | NLD Niederlande | SVN Slowenien |
| BEL Belgien | FIN Finnland | IRL Irland | NZL Neuseeland | ESP Spanien |
| BRA Brasilien | FRA Frankreich | ISR Israel | NOR Norwegen | SWE Schweden |
| CAN Kanada | DEU Deutschland | ITA Italien | POL Polen | CHE Schweiz |
| CHL Chile | GRC Griechenland | JPN Japan | PRT Portugal | TUR Türkei |
| CHN China | HUN Ungarn | KOR Korea | RUS Russische Föderation | GBR Vereinigtes Königreich |
| CZE Tschechische Republik | ISL Island | LUX Luxemburg | ZAF Südafrika | USA Vereinigte Staaten von Amerika |



Messung der Fortschritte auf dem Weg zu umweltverträglichem Wachstum

hat sich stabilisiert, die forstwirtschaftliche Nutzung von **Waldressourcen** befindet sich auf einem nachhaltigen Kurs, und die Entnahme erneuerbarer **Süßwasserressourcen** bleibt trotz steigender Nachfrage stabil.

Insgesamt ist der Druck auf die natürlichen Ressourcen jedoch weiter hoch, und es bestehen nach wie vor bedeutende Herausforderungen im Hinblick auf die Qualität der natürlichen Ressourcen, die von ihnen erbrachten Ökosystemleistungen und das integrierte Management dieser Ressourcen. Gebiete mit grosser biologischer Vielfalt nehmen kontinuierlich ab, und viele Ökosysteme degradieren. Besonders bedroht ist die **Biodiversität** in Ländern mit hoher Bevölkerungsdichte sowie dort, wo Landnutzungsänderungen und die Infrastrukturentwicklung eine zunehmende Fragmentierung der natürlichen Lebensräume bewirken. Viele **Tier- und Pflanzenarten** sind vom Aussterben bedroht, ein Drittel der weltweiten Fischbestände ist überfischt, und viele **Wälder** sind von Degradation, Fragmentierung oder Umwidmung in andere Landnutzungsarten bedroht. Der Druck auf die Wasserressourcen ist anhaltend hoch; in einigen Fällen könnte die Wirtschaftstätigkeit durch lokale Wasserknappheit eingeschränkt werden.

Sorgen Umweltverbesserungen für höhere Lebensqualität?

Die meisten Menschen im OECD-Raum haben Zugang zu verbesserter Sanitärversorgung; fast 80 % der Bevölkerung sind an eine öffentliche Kläranlage angeschlossen. Die Exposition der Bevölkerung gegenüber Luftverschmutzung durch Schwefeldioxide und Partikel nimmt ab. Zugleich beeinträchtigen aber bodennahes Ozon, Stickoxide und Feinstaub nach wie vor die menschliche Gesundheit. Schätzungen zu den Kosten der Luftverschmutzung in OECD-Ländern zeigen, dass die Nutzeffekte einer weiteren Verringerung der Luftverschmutzung erheblich sein könnten. Darüber hinaus bestehen weiterhin Herausforderungen im Hinblick auf die Modernisierung veralteter Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungssysteme sowie den Zugang zu effizienter Abwasserbehandlung in kleinen oder abgelegenen Siedlungen.

Eröffnet eine Ökologisierung des Wachstums wirtschaftliche Chancen?

Die Bemühungen vieler Länder, durch die Förderung neuer Technologien und Innovationen sowie den Einsatz ökonomischer Instrumente eine Green-Growth-Politik umzusetzen, gewinnen zunehmend an Dynamik. Allerdings liegen nach wie vor kaum vergleichbare Informationen über die wirtschaftlichen Chancen – im Hinblick auf Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit – vor, die mit einer Politik des umweltverträglichen Wachstums einhergehen. Die dynamischen Aspekte eines solchen Wachstums sind statistisch schwer zu erfassen. Dementsprechend konzentrieren sich viele Messungen bislang auf „grüne Aktivitäten“ anstelle der „grünen Umgestaltung“ der Wirtschaft und der globalen Lieferketten.

Sektoren, die **umweltbezogene Güter und Dienstleistungen** herstellen, machen einen wachsenden (wenn auch bescheidenen) Anteil an der Gesamtwirtschaft aus. Die öffentlichen **FuE**-Ausgaben für die Bereiche Umwelt und Energieeffizienz sind ebenso wie der Anteil der **Umweltpatente** gestiegen. Der Einsatz **umweltbezogener Steuern** nimmt zu, ist jedoch im Vergleich zur Besteuerung des Faktors Arbeit immer noch gering. Der Anteil der Agrarstützungsmassnahmen, die die Umwelt am meisten belasten, ist zurückgegangen, während der Anteil der Stützungsmassnahmen mit Umweltauflagen gestiegen ist.

Die Bedeutung **internationaler Finanzströme**, die ein umweltverträglicheres Wachstum fördern, nimmt ebenfalls zu. Während der **CO₂-Markt** auf Grund der Finanzkrise und der gesunkenen Industrieproduktion geschrumpft ist, sind neue Chancen im Bereich der sauberen Energie entstanden, in dem die internationalen **Investitionen** bereits das Investitionsvolumen, das in fossile Brennstofftechnologien fließt, überschritten haben. Für neue wirtschaftliche Chancen sorgen auch Finanzinstitute mit der Begebung **grüner Anleihen** sowie **Exportkreditanstalten** durch die Erleichterung privater Investitionen in Projekte, die Umweltverträglichkeitsprüfungen durchlaufen. Die umweltbezogenen Leistungen im Rahmen der **Entwicklungszusammenarbeit** sind weiter gestiegen, und die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit für erneuerbare Energien sind mittlerweile höher als die Mittel für nicht erneuerbare Energien.

Bei vielen Entwicklungen handelt es sich jedoch noch um Randerscheinungen, und den Politikmassnahmen mangelt es oft an Kohärenz, wodurch der Übergang zu umweltverträglichem Wachstum erschwert wird. Produktion und Verbrauch **fossiler Brennstoffe** werden von den Ländern nach wie vor auf vielerlei Art und Weise unterstützt. Darüber hinaus verhindern unterschiedliche **Energiesteuersätze**, eine niedrige steuerliche Belastung von Energieträgern mit erheblichen Umweltauswirkungen sowie Ausnahmeregelungen für den Brennstoffverbrauch in einigen Sektoren den Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaftsweise. Reformen in diesem Bereich bieten den Ländern die Chance, ihre Steuereinnahmen zu steigern und zugleich ihre umweltpolitischen Ziele kosteneffektiver zu erreichen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- *Towards Green Growth in Southeast Asia*
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264224100-en>
- *Policy Instruments to Support Green Growth in Agriculture*
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264203525-en>
- *OECD Umweltprüfberichte*
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/19900155>

INFOECKE



Die Texte und Grafiken basieren auf OECD/FAO (2014), *OECD-FAO Agricultural Outlook 2014-2023*, OECD Publishing

DOI: http://dx.doi.org/10.1787/agr_outlook-2014-en

Agrarausblick – Nahrung für die Welt

Die Landwirte und Fischer werden in den nächsten 10 Jahren in der Lage sein, die weltweite Nachfrage zu decken. Steigende Einkommen, Urbanisierung und neue Essgewohnheiten werden den Übergang zu Ernährungsweisen, die reicher an Protein, Fett und Zucker sind, verstärken. Die Preise werden steigen, aber unter den im historischen Vergleich hohen Niveaus verharren. Indien ist angesichts einer überwiegend vegetarischen Ernährungsweise, einer grossen Anbaufläche und einer von langsamer Urbanisierung geprägten Gesellschaft mit einzigartigen Chancen und Herausforderungen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund ist damit zu rechnen, dass die Pro-Kopf-Erzeugung und der Pro-Kopf-Konsum von Nahrungsmitteln weiter zunehmen werden.

Die internationalen Preise für wichtige Anbaukulturen sind gegenüber ihren historischen Höchstständen erheblich zurückgegangen, was hauptsächlich auf die Rekordernte 2013/2014 zurückzuführen ist. Im Gegensatz dazu haben die Preise für Fleisch und Milchprodukte im langjährigen Vergleich hohe Niveaus erreicht, weil ihr Angebot 2013 hinter den Erwartungen zurückblieb. Die Weltmarktpreise für Ethanol und Biodiesel setzten angesichts eines reichlichen Angebots ihren Rückgang von den historischen Höchstständen, die sie 2011 erreicht hatten, fort.

Die **Nachfrage nach Agrarerzeugnissen** dürfte fest bleiben, wengleich mit niedrigeren Wachstumsraten als im vorangegangenen Zehnjahreszeitraum. Getreide ist nach wie vor der Hauptbestandteil der menschlichen Ernährung, steigende Einkommen, Urbanisierung und sich verändernde Essgewohnheiten tragen jedoch zum Übergang zu Ernährungsweisen mit einem höheren Gehalt an Protein, Fett und Zucker bei.

Im kommenden Zehnjahreszeitraum werden **Viehzucht und Biokraftstoffherstellung** den Projektionen zufolge schneller wachsen als die **Ackerfruchtproduktion**. Diese sich verändernde Struktur der weltweiten Agrarproduktion führt zu einer Schwerpunktverlagerung weg von Grundnahrungsmitteln wie Weizen und Reis und hin zu grobkörnigem Getreide und Ölsaaten, um die Nachfrage nach Nahrungsmitteln, Futter und Biokraftstoff zu decken. Der Grossteil der zusätzlichen Produktion wird in Regionen erzeugt werden, wo bestimmende Faktoren wie die Verfügbarkeit von Land und Wasser und die Regulierungsaufgaben die geringsten Beschränkungen auferlegen.

Die **Preise für Anbaukulturen** werden voraussichtlich noch ein oder zwei Jahre fallen, bevor sie sich auf einem Niveau stabilisieren,

das über dem vor 2008 verzeichneten Niveau, aber deutlich unter den jüngsten Höchstständen liegt. Die Fleisch-, Milch- und Fischpreise werden wahrscheinlich steigen. Mittelfristig werden die Preise für Anbaukulturen und tierische Erzeugnisse den Projektionen zufolge in realer Rechnung jedoch zurückgehen. Bei dem Verhältnis von Getreidebeständen zum Verbrauch ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen, was die Befürchtungen über Preisvolatilität mindern dürfte.

Die **weltweite Fischproduktion** wird hauptsächlich von Zuwächsen in der Aquakultur in Entwicklungsländern angetrieben werden. Anhaltend hohe Kosten in einem Umfeld fester Nachfrage werden die Fischpreise eindeutig über ihren historischen Durchschnittswerten halten, wodurch das Konsumwachstum im kommenden Zehnjahreszeitraum gebremst wird. Das Produktionswachstum wird hauptsächlich aus den Entwicklungsländern in Asien und Lateinamerika kommen.

Der **Handel** wächst weiter, wenn auch langsamer als im vorangegangenen Zehnjahreszeitraum. Amerika wird seine Position als führende Exportregion sowohl wertmässig als auch volumenmässig ausbauen, während Afrika und Asien die Nettoimporte erhöhen werden, um ihre steigende Nachfrage zu befriedigen.

Die Nachfrage- und Angebotsbedingungen können auf Grund der **jüngsten Politikreformen mit Blick auf die Agrar- und Fischereimärkte** besser auf Marktsignale reagieren, sie werden jedoch nach wie vor von Politikmassnahmen wie Erzeugerstützung, öffentliche Lagerhaltung und Vorschriften über den Einsatz von Biokraftstoff beeinflusst. Weitere Politikänderungen sind im Gang. Das Landwirtschaftsgesetz der Vereinigten Staaten von 2014 und die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union von

Aus der Statistik

Nahrungsmittelpreise schwanken stärker in Entwicklungsländern

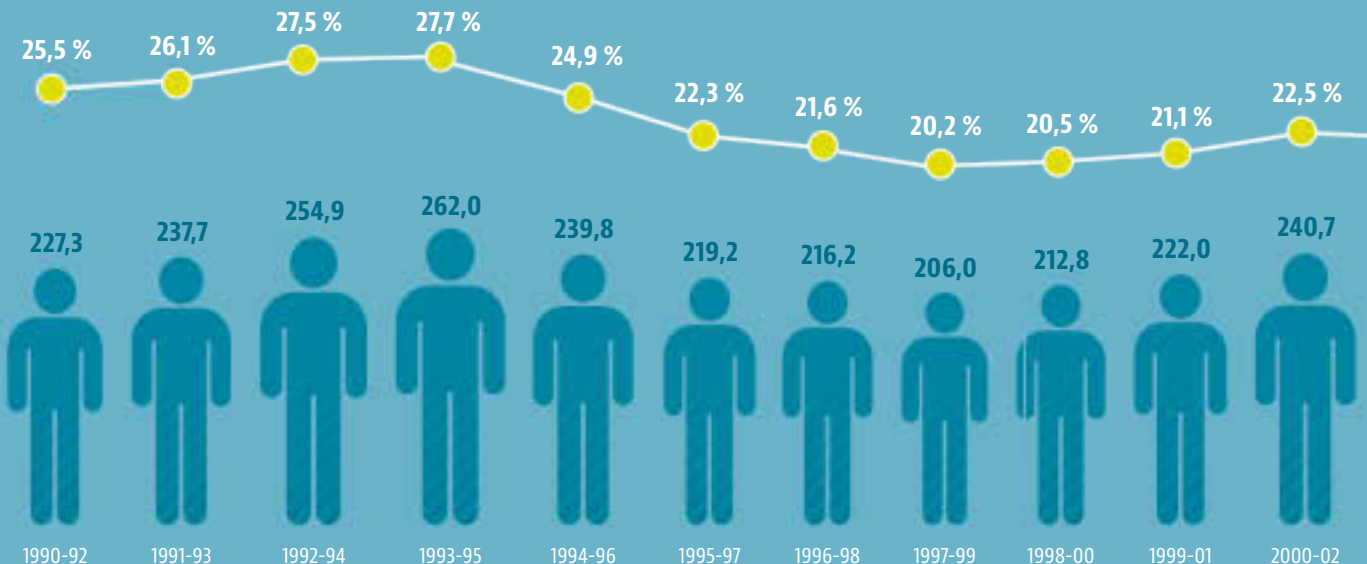
Tatsächliche Inflation der Nahrungsmittelpreise



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933098725>

Weniger Hunger in Indien

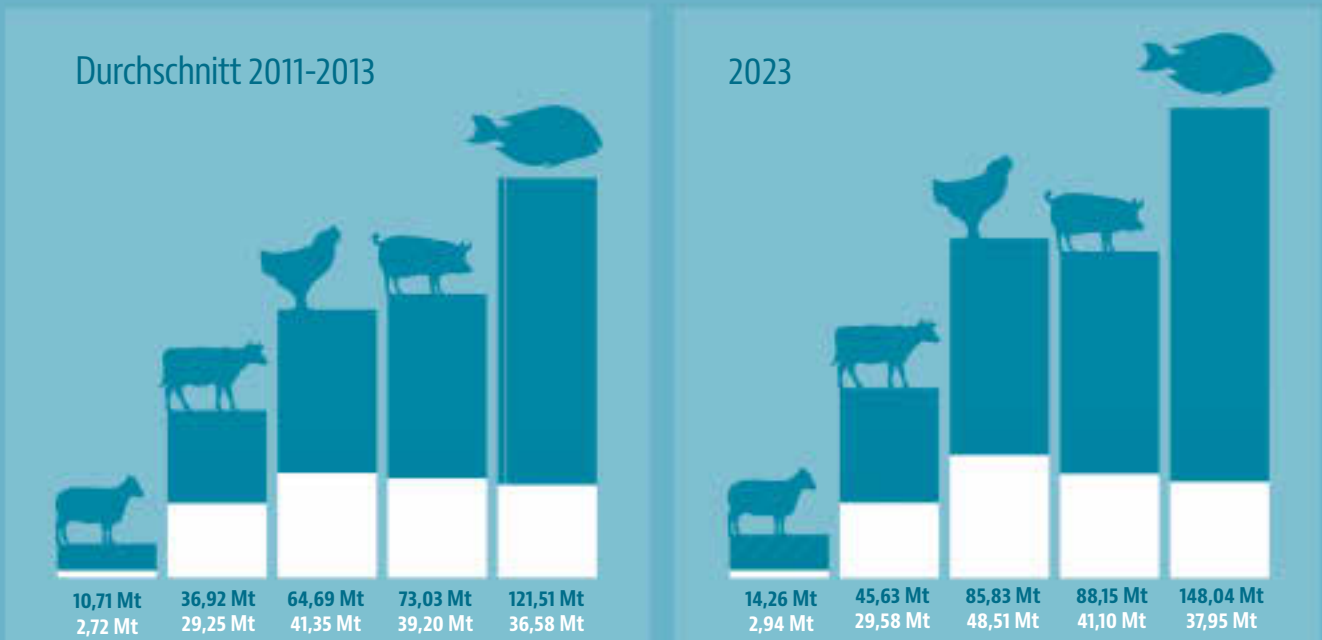
Unterernährte Menschen (in Mio.) Anteil an der Gesamtbevölkerung (in %)



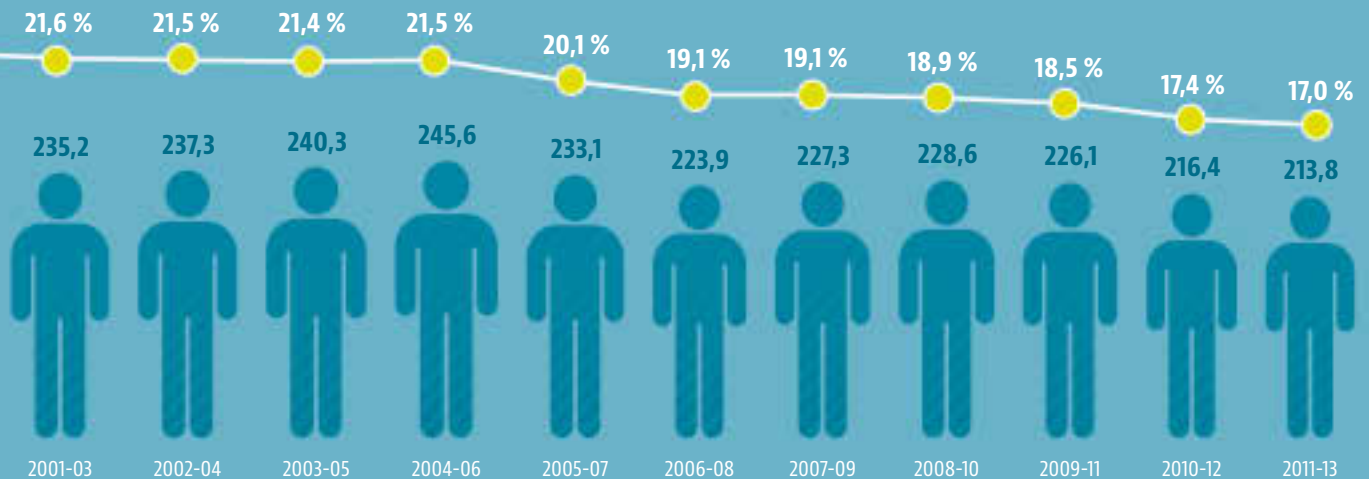
StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933099067>

Steigender Fleisch- und Fischkonsum in den Entwicklungsländern

● Entwickelte Länder ● Entwicklungsländer Mt = Mio. Tonnen



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933098763>



Agrarausblick – Nahrung für die Welt

2013 wurden im Verlauf des letzten Jahres verabschiedet, sie sind in den aktuellen Projektionen jedoch nicht berücksichtigt, weil die Durchführungsbestimmungen noch nicht abgeschlossen sind.

Schwerpunkte der globalen Agrarproduktion bis 2023

Getreide: Die Weltmarktpreise für die wichtigsten Getreidesorten werden zu Beginn des Betrachtungszeitraums zurückgehen, was den Welthandel ankurbeln dürfte. Die Lagerbestände werden den Projektionen zufolge zunehmen, wobei die Reisbestände in Asien Rekordniveaus erreichen dürften.

Ölsaaten: Der Anteil der für Ölsaaten genutzten Ackerfläche nimmt weltweit weiter zu, wenn auch in einem langsameren Tempo, da die anhaltende Nachfrage nach Pflanzenöl die Preise nach oben treibt.

Zucker: Nach einem Rückgang Ende 2013 werden sich die internationalen Zuckerpreise angetrieben durch die starke globale Nachfrage wieder erholen. Die Exporte aus Brasilien, dem weltweit führenden Zuckerelexporteur, werden durch den Ethanolmarkt beeinflusst werden.

Fleisch: Eine feste Importnachfrage aus Asien und die Wiederauffüllung der Bestände in Nordamerika lassen die Fleischpreise ansteigen, wobei die Rindfleischpreise Rekordniveaus erreichen. Geflügel und Schweinefleisch im Betrachtungszeitraum als das am meisten konsumierte Fleischprodukt überholen.

Milcherzeugnisse: Die Preise gehen in der Folge der andauernden Produktivitätssteigerungen in den wichtigsten Erzeugerländern und des erneuten Wachstums in China leicht von ihrem derzeitigen hohen Niveau zurück. Indien überholt die Europäische Union als grösster Milcherzeuger der Welt und wird die Exporte von Magermilchpulver im Betrachtungszeitraum erheblich steigern.

Fischerei: Das Wachstum der Aquakulturproduktion wird sich auf Asien konzentrieren. Die Aquakultur bleibt einer der am schnellsten wachsenden Nahrungsmittelsektoren und wird den Wildfang 2014 als wichtigste Fischquelle für den menschlichen Verzehr überholen.

Biokraftstoffe: Es ist damit zu rechnen, dass der Verbrauch und die Produktion von Biokraftstoffen – vor allem Ethanol und Biodiesel auf Zuckerbasis – um mehr als 50 % zunehmen werden. Der Ethanolpreis steigt entsprechend dem Rohölpreis, während der Biodieselpreis enger mit der Entwicklung des Pflanzenölpreises verbunden ist.

Baumwolle: Der zu erwartende Abbau der globalen Altvorräte wird den Verbrauch in Folge sinkender Preise ankurbeln, bevor die Preise 2023 wieder anziehen.

Indien im Fokus

Im Mittelpunkt dieser Ausgabe des Ausblicks steht Indien, das zweitbevölkerungsreichste Land der Erde mit der grössten Anzahl von Landwirten und der grössten Anzahl von Menschen, die unter Ernährungsunsicherheit leiden. Der Ausblick beschreibt ein **relativ optimistisches Szenario für Indien**, da es dem Land den Projektionen zufolge gelingen wird, insbesondere durch Impulse von Sektoren mit höherer Wertschöpfung, das Pro-Kopf-Wachstum der Produktion und des Konsums von Nahrungsmitteln aufrechtzuerhalten.

Das neue Gesetz zur Ernährungssicherheit (National Food Security Act) ist das grösste Programm zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung, das jemals in Angriff genommen wurde, da es mehr als 800 Millionen Menschen zum Bezug fester Rationen subventionierten Getreides berechtigt (rd. 90 % unter dem Einzelhandelspreis). Die Umsetzung stellt eine grosse Herausforderung dar.

Subventionen zur Förderung eines grösseren Einsatzes von Kunstdünger, Pflanzenschutzmitteln, Saatgut, Wasser, Strom und Kredit sowie Marktpreisstützung haben im vorangegangenen Zehnjahreszeitraum zu einem starken jährlichen Wachstum der Agrarproduktion beigetragen. Diese Programme fördern das Produktionswachstum weiterhin und versetzen Indien in die Lage, das Pro-Kopf-Angebot deutlich auszuweiten, wenngleich die absoluten Wachstumsraten im kommenden Zehnjahreszeitraum auf Grund der steigenden Beanspruchung der Ressourcen sinken werden.

Die Ernährungsweise der indischen Bevölkerung wird zwar weitgehend vegetarisch bleiben, sie wird sich jedoch diversifizieren. Der Getreidekonsum wird voraussichtlich zunehmen, durch den steigenden Konsum von Milch und Milchprodukten, Hülsenfrüchten sowie Obst und Gemüse wird die Nahrung jedoch nährstoffreicher. Fisch wird ebenfalls eine wichtige und wachsende Proteinquelle darstellen, während der Fleischkonsum zwar stark zunehmen, aber immer noch zu den niedrigsten der Welt gehören wird.

Zu den **wichtigsten Unsicherheitsfaktoren** gehören die makroökonomische Entwicklung des Landes, die Nachhaltigkeit der Ertragssteigerung und die Tragfähigkeit der staatlichen Programme.

Anmerkung zu den makroökonomischen Annahmen

In diesem Ausblick zu Grunde liegenden makroökonomischen Annahmen wird für die OECD-Länder ein durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum von 2,2 % unterstellt. Die Wirtschaftsaussichten sind für viele aufstrebende Volkswirtschaften robust, werden aber im Vergleich zum vorangegangenen Zehnjahreszeitraum leicht nach unten revidiert. Die meisten afrikanischen Volkswirtschaften verzeichnen ein starkes Wachstum. Ein stärkerer US-Dollar wird die Wettbewerbsfähigkeit zahlreicher Länder beeinträchtigen. Es wird davon ausgegangen, dass der Rohölpreis bis 2023 einen Wert von 147 US-\$ pro Barrel erreicht.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- *OECD Compendium of Agri-environmental Indicators*
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264186217-en>
- *Climate Change, Water and Agriculture: Towards Resilient Systems*
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264209138-en>
- *Agricultural Policy Monitoring and Evaluation 2014: OECD Countries*
DOI: http://dx.doi.org/10.1787/agr_pol-2014-en

INFOECKE



Die Texte und Grafiken basieren auf OECD (2014), *Perspectives on Global Development 2014: Boosting Productivity to Meet the Middle-Income Challenge*, OECD Publishing
 DOI: http://dx.doi.org/10.1787/persp_glob_dev-2014-en

Produktivität – die nächste Herausforderung



Wenn keine Massnahmen zur Erhöhung der Produktivität ergriffen werden, besteht die Gefahr, dass das rasche Wachstum der aufstrebenden Volkswirtschaften gebremst wird.

Viele Länder der mittleren Einkommensgruppe sind nicht auf Kurs, sich dem Pro-Kopf-Einkommen der OECD-Länder anzunähern: Das starke Wachstum, das während eines Grossteils des letzten Jahrzehnts zu verzeichnen war, hat den Anteil der Entwicklungsländer an der Weltwirtschaft deutlich erhöht. Aber wird dieser Prozess der „Wohlstandsverlagerung“ es diesen Ländern letztlich ermöglichen, zum durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen des OECD-Raums aufzuschliessen? Nach einer langen Periode beeindruckender Fortschritte hat in einigen Volkswirtschaften der mittleren Einkommensgruppe eine Verlangsamung der Wachstumsraten eingesetzt. Bei den derzeitigen Wachstumsraten wird es einigen Ländern der mittleren Einkommensgruppe nicht gelingen, bis 2050 das durchschnittliche Einkommensniveau der OECD-Länder zu erreichen. Diese Herausforderung wird durch die Konjunkturabschwächung in China, dessen rasches Wachstum sich bisher positiv auf die Nachbarländer und Zulieferer, insbesondere Rohstoffexporteure, auswirkte, noch verschärft.

Produktivitätswachstum ist von entscheidender Bedeutung: Während des Übergangs einer Volkswirtschaft weg von der unteren Einkommensstufe wird die Produktivität gesteigert, indem der Faktor Arbeit von Sektoren mit niedriger Produktivität in Sektoren mit höherer Produktivität verlagert wird. Diese Verlagerung kann selbst in Ländern der mittleren Einkommensgruppe, beispielsweise in Indien und Indonesien, ein wichtiger Faktor bleiben. Sobald sich dieser Prozess verlangsamt, muss der Schwerpunkt jedoch zunehmend auf Produktivitätssteigerungen innerhalb der einzelnen Sektoren gelegt werden. Diese Neuausrichtung zeigt sich in der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung in den OECD-Ländern. Sie zeigt sich ausserdem in China, wo die Produktivität in vielen Sektoren des verarbeitenden Gewerbes gesteigert wurde, indem das Land durch ausländische Direktinvestitionen und die Einfuhr von Investitionsgütern und Bauteilen Zugang zum globalen Wissen erhielt.

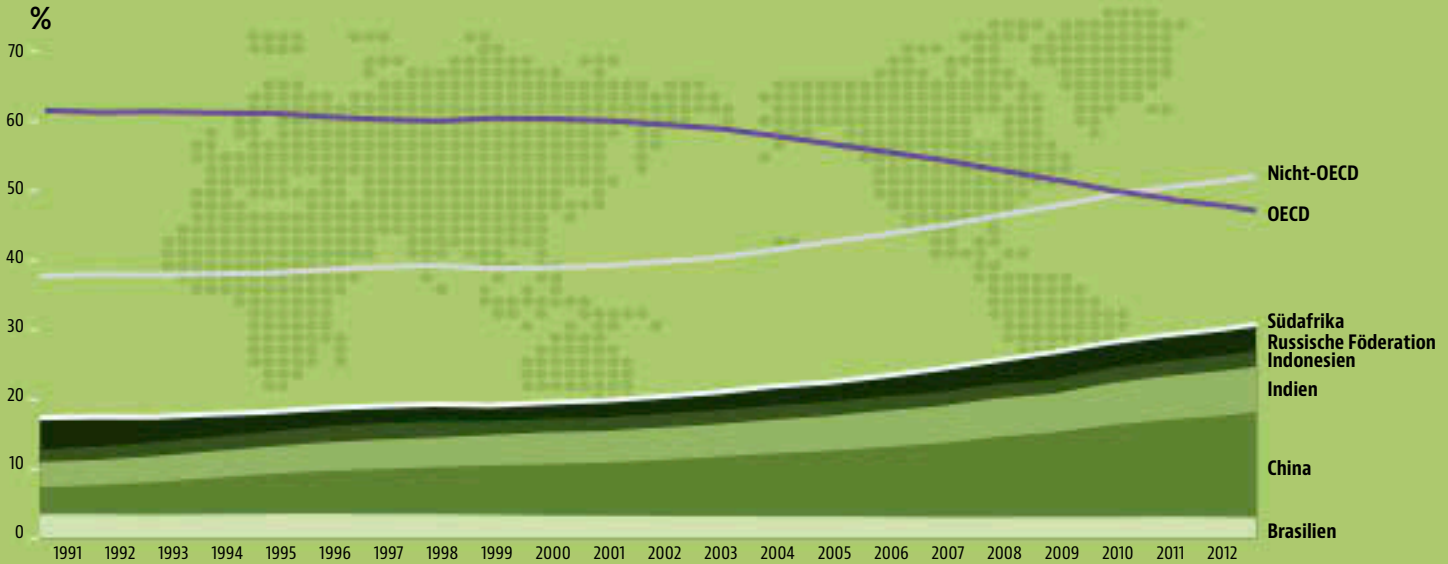
Die Produktivität steigt jedoch nur langsam: Eine andauernde Konvergenz erfordert eine Beschleunigung des Produktivitätswachstums. Das Produktivitätswachstum leistete in den letzten zehn Jahren in vielen Ländern der mittleren Einkommensgruppe nur einen geringen Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Es war darüber hinaus nicht stark genug, um den enormen Produktivitätsrückstand gegenüber den fortgeschrittenen Ländern deutlich zu verringern. In Brasilien, Mexiko und der Türkei hat sich der Abstand sogar noch vergrössert. Im Gegensatz dazu war in China ein beeindruckendes Produktivitätswachstum zu verzeichnen: Die Arbeitsproduktivität stieg um rd. 10 % pro Jahr, und die Gesamtfaktorproduktivität stieg im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor jährlich um mehr als 7 %. Indien verzeichnete in den letzten zehn Jahren ebenfalls einen deutlichen Anstieg der Gesamtfaktorproduktivität, wengleich der Abstand zwischen Indien und den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nach wie vor erheblich ist.

Einige traditionelle Antriebskräfte des Wachstums verlieren an Bedeutung: Produktivitätswachstum ist besonders wichtig, weil viele Länder der mittleren Einkommensgruppe die Vorteile, die Volkswirtschaften der unteren Einkommensgruppe normalerweise besitzen, nicht länger nutzen können, sobald sie die mittlere Einkommensstufe erreichen. Dazu zählen niedrige Arbeitskosten und schnelles Wachstum, das durch die auf ausländischen Direktinvestitionen beruhende Entwicklung von Exportbranchen angetrieben wird. Darüber hinaus wird das Wachstum in den Ländern der mittleren Einkommensgruppe durch die demografische Entwicklung beeinträchtigt. Der Aufstieg zu einem Land der mittleren Einkommensgruppe geht oft mit einem demografischen Wandel einher, bei dem die Sterberaten schneller zurückgehen als die Geburtsraten, wodurch der Anteil der Personen im Erwerbsalter zunimmt. Einige Regionen können noch von dieser demografischen Dividende profitieren, namentlich Südasien und Subsahara-Afrika. In anderen Regionen geht die demografische Dividende jedoch zurück.

Aus der Statistik

Wohlstandsverlagerung

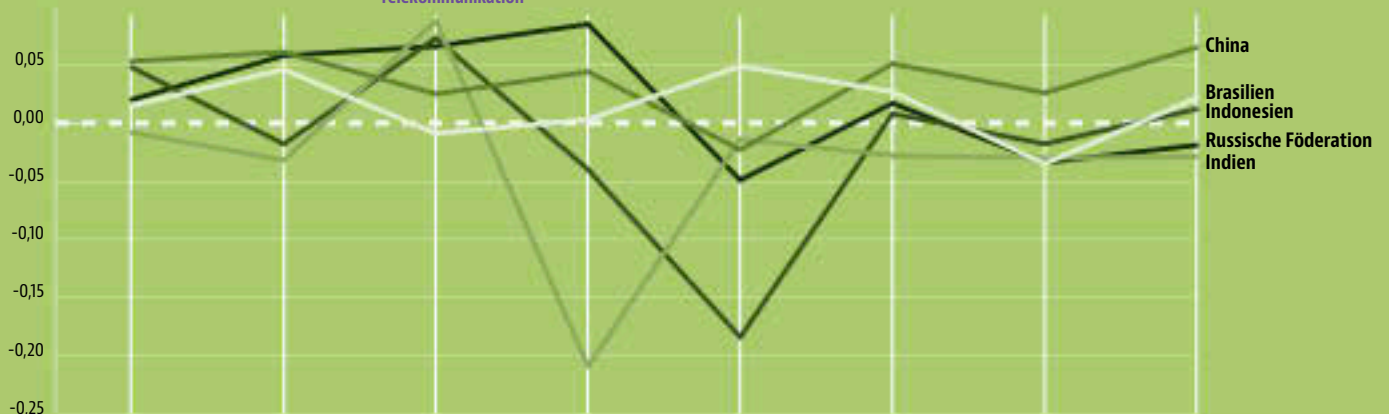
%-Anteil des weltweiten BIP in KKP (Kaufkraftparität)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933057419>

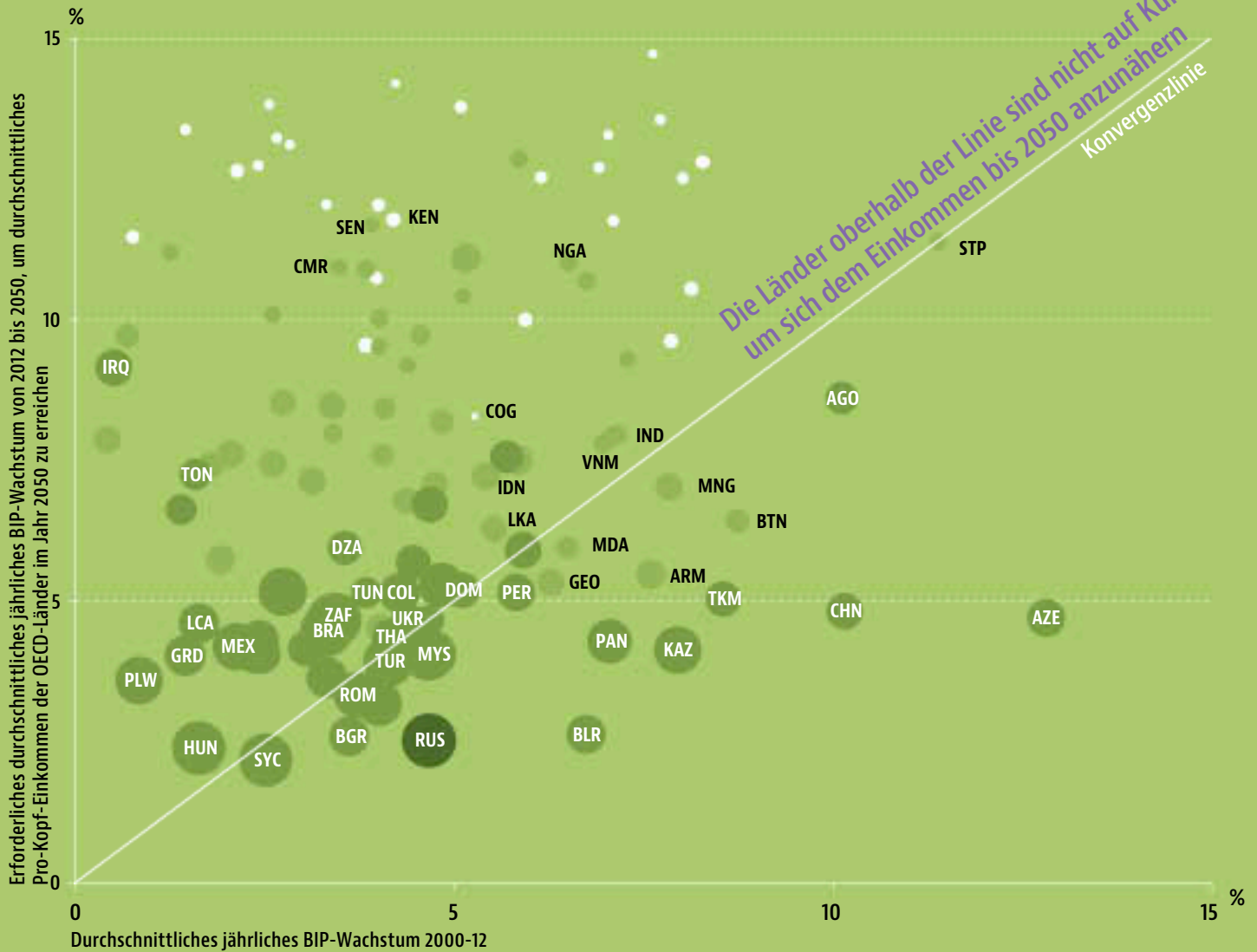
Produktivitätssteigerung in Dienstleistungssektoren im Allgemeinen höher als beim verarbeitenden Gewerbe

Steigerung der Arbeitsproduktivität in Dienstleistungssektoren im Vergleich zum verarbeitenden Gewerbe, Änderung in %-Punkten 2002-2007



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933058426>

Viele Länder der mittleren Einkommensgruppe sind nicht auf Kurs, sich dem Einkommen der OECD-Länder anzunähern



Hohes Einkommen



Mittleres Einkommen, oberer Bereich



Mittleres Einkommen, unterer Bereich



Niedriges Einkommen

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933057533>

ISO-CODES

- | | | | | | | | |
|--------------------|-----------------------------|----------------|----------------|--------------|---------------------------|------------------|---------------|
| AGO Angola | BTN Bhutan | DZA Algerien | IRQ Irak | MEX Mexiko | PLW Palau | SYC Seychellen | TUR Türkei |
| ARM Armenien | CHN China | GEO Georgien | KAZ Kasachstan | MNG Mongolei | ROM Rumänien | THA Thailand | UKR Ukraine |
| AZE Aserbaidtschan | CMR Kamerun | GRD Grenada | KEN Kenia | MYS Malaysia | RUS Russische Föderation | TKM Turkmenistan | VNM Vietnam |
| BGR Bulgarien | COG Kongo | HUN Ungarn | LCA St. Lucia | NGA Nigeria | SEN Senegal | TON Tonga | ZAF Südafrika |
| BLR Weissrussland | COL Kolumbien | IDN Indonesien | LKA Sri Lanka | PAN Panama | STP São Tomé und Príncipe | TUN Tunesien | |
| BRA Brasilien | DOM Dominikanische Republik | IND Indien | MDA Moldawien | PER Peru | | | |

Produktivität – die nächste Herausforderung

Die Volkswirtschaften der mittleren Einkommensgruppe können die Produktivität durch folgende Massnahmen steigern:

Eine kontinuierliche Diversifizierung zugunsten von Sektoren mit höherer Wertschöpfung in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen: In Ländern der mittleren Einkommensgruppe mit steigenden Löhnen und grossen Rohstoffvorkommen ist Diversifizierung besonders wichtig.

Innovation durch die Nutzung globalen Wissens und die Entwicklung inländischer Kapazitäten: Selbst die weiter fortgeschrittenen Länder der mittleren Einkommensgruppe haben im technologischen Bereich noch erhebliches Aufholpotenzial. Neben einer besseren Integration in das globale Handelssystem und der Erschliessung ausländischen Wissens durch Handel, ausländische Direktinvestitionen sowie andere Mittel sollten die Länder ausserdem ihre Innovationskraft stärken, um neue Produkte und Verfahren zu entwickeln, die besser auf ihre eigenen Bedürfnisse zugeschnitten sind, und ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen.

Reform der Produkt-, Arbeits- und Finanzmärkte sowie Kompetenzentwicklung: In vielen Ländern der mittleren Einkommensgruppe wird die Entwicklung wettbewerbsfähiger innovativer Unternehmen oft durch ein unzureichendes regulatorisches Umfeld und fehlende Kompetenzen beeinträchtigt.

Förderung wettbewerbsfähiger Dienstleistungssektoren: Der inländische Dienstleistungssektor kann wachsen, um die Nachfrage der wachsenden Mittelschicht zu befriedigen. Er kann ausserdem die Wettbewerbsfähigkeit des verarbeitenden Gewerbes erhöhen und eine Quelle für Exporteinnahmen sein.

Sie können darüber hinaus die „alten“ Antriebskräfte des Wachstums durch folgende Massnahmen weiter nutzen:

Verlagerung des Faktors Arbeit zu Sektoren mit höherer Produktivität: Viele Länder der mittleren Einkommensgruppe, darunter Indien, Indonesien, Iran und Malaysia, können weiterhin Nutzeffekt erzielen, wenn in der Landwirtschaft, im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich tätige Arbeitskräfte in Branchen mit höherer Produktivität wechseln.

Ausschöpfung des durch Faktorakkumulation angetriebenen Wachstums: Die meisten Länder der mittleren Einkommensgruppe haben noch Spielraum, den Arbeitseinsatz und die Akkumulation von Human- und Sachkapital zu verbessern. Darüber hinaus kann die Effizienz des Produktionsfaktoreinsatzes verbessert werden.

Sie können die Nutzeffekte des Wachstums durch folgende Massnahmen besser verteilen:

Sicherung der Chancengleichheit: In vielen Ländern der mittleren Einkommensgruppe ist Armut nach wie vor weit

verbreitet, und/oder die Einkommensungleichheit ist in den letzten zehn Jahren gestiegen. Die Unzufriedenheit der „Mittelschicht“ über den Lebensstandard und die fehlende Mitsprache im Entscheidungsprozess hat in einigen Volkswirtschaften der mittleren Einkommensgruppe zu Spannungen geführt. Diesen sozialen Spannungen muss durch die Bereitstellung besserer öffentlicher Güter, die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen, die Schaffung von Beschäftigungschancen und mehr Mitsprache in der Wirtschaft entgegengewirkt werden.

Entwicklung einer effektiven Regionalpolitik zur Förderung eines ausgewogeneren Wachstums und Verringerung der regionalen Disparitäten: Dies erfordert die Identifizierung regionaler Wettbewerbsvorteile und die Ausrichtung der öffentlichen Dienstleistungen auf die lokalen Bedürfnisse mit der Fokussierung auf bevölkerungsreiche arme Gebiete.

Verbesserung der Energieeffizienz und der ökologischen Nachhaltigkeit: Die Diversifizierung hin zu weniger energieintensiven Sektoren und die Einführung energieeffizienter Technologien würden die Anfälligkeit gegenüber Energiepreisschwankungen sowie Veränderungen des Regulierungsumfelds und von Präferenzen verringern. Darüber hinaus muss der ökologischen Nachhaltigkeit bei der Erarbeitung erfolgreicher Entwicklungsstrategien mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Sie können die Effizienz der staatlichen Verwaltung durch folgende Massnahmen erhöhen:

Ausbau der Kapazitäten zur Formulierung und Umsetzung von Plänen: Eine Verbesserung der Ausbildung der Staatsbediensteten und der Koordinierung zwischen den Ministerien ist von entscheidender Bedeutung, um eine effektive Planung und Umsetzung zu gewährleisten. Mutige Strategieänderungen können politisch schwierig und kostspielig sein, ohne Veränderungen sind die Folgen jedoch noch schwerwiegender. Effektive Kommunikationsstrategien und die richtige zeitliche Planung und Abfolge sind entscheidend, um eine breite Unterstützung der Beteiligten für die Umsetzung dieser Reformen zu gewinnen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- *African Economic Outlook 2014: Global Value Chains and Africa's Industrialisation*
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/aeo-2014-en>
- *Economic Outlook for Southeast Asia, China and India 2014: Beyond the Middle-Income Trap*
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/saeo-2014-en>
- *Perspectives on Global Development 2014: Boosting Productivity to Meet the Middle-Income Challenge*
DOI: http://dx.doi.org/10.1787/persp_glob_dev-2014-en



AB DER **SCHWEIZ**

BIS ZU
22 HIN- UND
RÜCKFAHRTEN
TÄGLICH

AVIGNON



LILLE



PARIS



DIJON



MARSEILLE

NEUE DESTINATIONEN

MARNE-LA-VALLÉE/DISNEYLAND PARIS®,
FLUGHAFEN CDG ROISSY, LILLE
AB GENÈVE

© iStock, CRT Paris Ile de France, OTCM / ADD / HAUER, A. Isstock

tgv-lyria.com



TGV Lyria

2./3. JUNI
2015

OECD FORUM 2015

Die wichtigste öffentliche Veranstaltung der OECD, die unmittelbar nach dem jährlichen Haupttreffen der Minister abgehalten wird.

Diskutieren Sie mit uns die vordringlichsten Themen der globalen Agenda, und tauschen Sie sich mit der politischen Führung aus.

Merken Sie sich den Termin!

www.oecd.org/forum